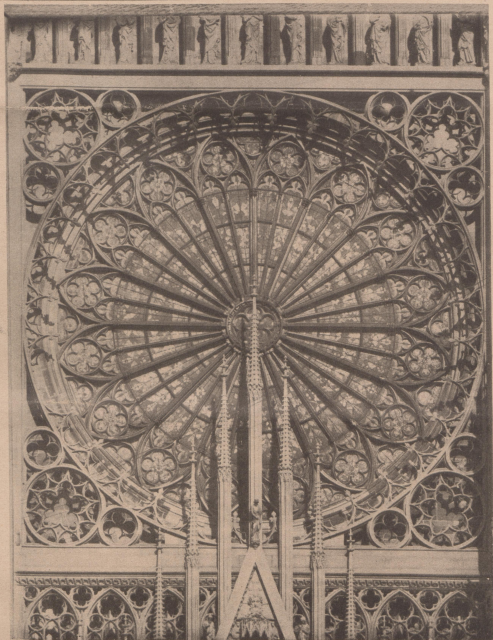


Der Heimatsdienst

Mitteilungen der Reichszentrale für Heimatsdienst, Berlin NW 35



Rundst. Institut Marburg

Die große Rose vom Straßburger Münster

Deutschlands Leistungsfähigkeit.

Von Ministerpräsident Dr. Otto Braun.

Aus der Rede im Reichstag am 24. April 1920.

In Paris wird sich in den nächsten Tagen entscheiden, ob die Völker Europas zur politischen Befriedung gelangen, denn dies ist die unerlässliche Voraussetzung für eine fruchtbare wirtschaftliche Zusammenarbeit und ihre Steigerung bis zu einer Höchstleistung, die notwendig ist, um die Schäden zu heilen, die der Krieg allen beteiligten Staaten und Völkern zugefügt hat.

Deutschland und das deutsche Volk sind von den Folgen des Krieges am stärksten betroffen, da sie nicht nur ihre eigenen Opfer an Gut und Blut zu tragen haben, sondern — nach altem Kriegsbrauch, der im Laufe der geschichtlichen Entwicklung wohl seine Form, niemals aber sein Wesen geändert hat —, als unterlegener Teil auch noch den Kriegskriegtribut für die einseitigen Kriegsgegner aufbringen müssen.

Das man jetzt die Entrichtung dieses Tributs als „Reparation“ bezeichnet und zur moralischen Verdrängung mit der Kriegsschuldfrage in Verbindung bringt, ändert an seinem uralten brutalen Wesen nichts. Immerhin ist in der Geschichte dieser Kriegskriegtribute stets nach der Leistungsfähigkeit des tributpflichtigen Volkes bemessen worden, es sei denn, daß man die geschichtliche Existenz eines Volkes vollends vernichten wollte; jedenfalls ist er niemals in einer Höhe, die über die Kräfte des unterlegenen Kriegsgenegers hinausging, entrichtbar gewesen. Diese geschichtliche Wahrheit scheint uns denn in Paris verhandelnden Vertretern der alliierten Staaten sehr wenig beachtet zu werden, wie überhaupt der Verlauf der zehnwöchigen Verhandlungen im Hinblick auf die Entstehungsgeschichte der Konferenz recht befremdend erscheint.

Denn wie liegen die Dinge?

Nachdem auf dem Gebiete der Reparationsregelung die Ergebnisse und Diskette politischer Konferenzen sich als unhaltbar erwiesen haben, sollten unabhängige Finanz- und Wirtschaftssachverständige zusammenzutreten und nach eingehender Prüfung aller einschlägigen Verhältnisse und nach Würdigung der Leistungen des deutschen Volkes in den verflochten zehn Jahren ein Urteil über die Leistungsfähigkeit Deutschlands abgeben, das dann als Unterlage für die endgültige Regelung der Reparationsfrage dienen konnte. Die Feststellung der Leistungsfähigkeit Deutschlands sollte das Primäre, die Wünsche und Forderungen, die die verschiedenen Reparationsgläubiger glaubten geltend machen zu müssen, das mehr Sekundäre für den Sachverständigenauschluß sein. Die Art, wie man in Paris in den letzten zehn Wochen über Forderungen, Angebote und innere Schutzregelung verhandelt hat, zeigt, daß die Vertreter aus den alliierten Staaten den umgekehrten Weg ebnen wollten. So allein wird wohl nur die egoristische Hohn, geradezu undisziplinäre Summen zu erklären, die sie dem deutschen Volke als Reparationslasten für fast zwei Menschenalter glauben zumuten zu können.

Nun haben sich auch die deutschen Sachverständigen drängen lassen, in einem Memorandum ein Gutachten über die Leistungsfähigkeit Deutschlands zur Tragung der Reparationslasten dem Ausschuss zu unterbreiten und dort zur Diskussion zu stellen.

Bei der Beurteilung dieses Schrittes der ihrer schweren Verantwortung bewußten Sachverständigen sollten wir, vor allem die deutsche Presse, uns hüten, uns von dem, eine geschickte Regie veranlassenden Entstellungsspiel der französischen Presse irritieren zu lassen und sollten alles unterlassen, was geeignet sein könnte, die ohnehin schwierige Position der offenbar einer geschlossenen Front der Reparationsgläubiger gegenüberstehenden deutschen Experten zu schwächen.

Nächster, ruhige Beurteilung der Situation und größte Zurückhaltung ist in diesen entscheidenden Tagen am Platze.

Wenn ich gleichwohl hier ein Wort zu dem Memorandum der deutschen Vertreter sage, so wollen Sie mir das als Ausfluß meines Pflicht- und Verantwortungsgefühls und der großen Sorge um das Wohlergehen von Land und Volk zu Gute halten. Sie wissen, daß ich stets für eine vernünftige Erfüllung der Reparationspflichten eingetreten bin; wir haben nun mal den Krieg verloren und müssen die Kriegskosten zahlen. Ich habe aber keine Zweifel, ob das, was unsere Experten in Paris angeboten haben, nämlich 1650 Millionen Mark 37 Jahre lang, nachdem wir bereits viele Milliarden, überwiegend aus der Substanz unseres Volkseinkommens, geleistet haben, mit der Leistungsfähigkeit unseres Volkes noch in Einklang zu bringen ist. Angesichts des Darniederliegens unserer Wirtschaft, der furchtbaren Krise in der Landwirtschaft, diesem wichtigen Zweig unserer nationalen Volkswirtschaft, angesichts der zwei Millionen Arbeitslosen und der drückenden inneren Kriegslast will es mir schlechterdings unmöglich erscheinen, für ein Menschenalter 1650 Millionen jährlich zu leisten, ohne den Lebensstandard und damit die Leistungsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands stark herabzurücken und große Teile unseres Volkseinkommens, die für die Erhaltung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unentbehrlich sind, an das Ausland abzugeben.

Wenn die deutschen Sachverständigen trotzdem glaubten, diese hohe Leistung mit der Kraft des deutschen Volkes in Einklang bringen zu können, so kann ich mich diese optimistische Beurteilung der zukünftigen Entwicklung unserer Wirtschaft nur aus dem Bemühen erklären, bis zur äußersten Grenze des Möglichen zu geben, um zu einer Verständigung mit den Sachverständigen der Gläubigerstaaten zu gelangen.

Sollten nicht noch im letzten Augenblick vernünftige wirtschaftliche Erwägungen den Sieg davon tragen über jene politische Verblendung, wie sie in einem Teil der Pariser Front zum Ausdruck gekommen ist, so muß man sich eben damit abfinden, daß für eine vernünftige Regelung des Reparationsproblems die Zeit noch nicht reif ist.

Konferenzkrise.

Am Gründonnerstag, den 28. März, wurden der Pariser Reparationskonferenz zwei Memoranden vorgelegt, und zwar das eine von den vier Hauptgläubigermächten und das andere von dem Vorliegenden der amerikanischen Delegation. Diese Memoranden enthielten allgemeine Gedanken über ziffernmäßige Angaben, wie man nach Meinung der Verfasser die Debatte über die Höhe und Zahl der deutschen Reparationsjahreszahlungen zweckmäßigsweise führen sollte. Nach einer kurzen Überspannung wurde der Inhalt des Memorandums der Vier in Einzelgesprächen mit der deutschen Delegation besprochen und ziffernmäßig geklärt. Im Besitze der Einzelrechnungen stellte die deutsche Delegation deren Folgen zu einer Gesamtrechnung zusammen und teilte am 6. April der Konferenz das Ergebnis ihrer Arbeit mit. Diese ergab für eine Kaufzeit von 50 Jahren eine jährliche Belastung von 2,6 Milliarden RM., die sich bei einer Kaufzeit von 37 Jahren auf 2,9 Milliarden stellen würde. Diese Zahlen erschienen zweifellos auch den Verfassern des Memorandums unmöglich hoch, denn sie brachten eine ganze Woche damit zu, diese Rechnung einer Revision zu unterziehen. Am Sonnabend, den 13. April, wurde der Konferenz das revidierte Memo-

randum vorgelegt. Nach den Mitteilungen der französischen Presse enthielt es die folgenden „mäßigen“ Forderungen: für 37 Jahre sollte eine von 1800 auf 2450 Millionen Goldmark anfallende Jahreszahlung geleistet und damit die eigentlichen Reparationsforderungen abgegolten werden. Für einen anschließenden Zeitraum von 21 Jahren wurden Jahreszahlungen in Höhe von 1700 Millionen Goldmark vorgesehen, die im 58. Jahr auf 900 Millionen Goldmark heruntergingen und zum Ausgleich der interalliierten Schulden dienen sollten. Diese Zahlen wurden deutscherseits für unannehmbar erklärt. Am 15. April beschloß die Konferenz, die Bedeutung dieses Memorandums dahin zu fixieren, daß es sich um einen „interimistischen Beitrag“ zur Erleichterung der Diskussion über die Reparationen handle. Es mag dabei bemerkt werden, daß die Amerikaner und Japaner sich mit dem Inhalt des Memorandums nicht identifizierten. Immerhin gab es den Anlaß zur Einleitung einer Diskussion über die Frage, inwieweit diese Ziffern des Memorandums mit der deutschen Leistungsfähigkeit in Einklang zu bringen wären, d. h. die Konferenz kehrte zu ihrem Ausgangspunkt zurück. In Verfolg dieser Diskussion wurde am 16. die

deutsche Delegation aufgefordert, da sie auf die Untragbarkeit dieser Forderungen hingewiesen hatte, ihrerseits ihren Standpunkt schriftlich niederzulegen, was am nächsten Tage in der Form des bekannten deutschen Memorandums geschah. In diesem Memorandum wurde als Ausgangspunkt jeder deutschen Reparationsregelung festgestellt, daß sie eine außerordentliche Stärkung der deutschen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Voraussetzung haben müsse. Es wurden dann zwei Zahlungspläne A und B mitgeteilt, von denen der Plan A an die Erfüllung bestimmter wirtschaftlicher Voraussetzungen in bezug auf Sicherung der deutschen Rohstoffversorgung, Erhöhung der deutschen landwirtschaftlichen Produktion und Ausdehnung der deutschen Warenausfuhr gebunden war. Diese Voraussetzungen konnten nur unter Mitwirkung des Auslandes erfüllt werden. Ihre Befristung hat zu einer unerhörten Hege gegen die deutschen Sachverständigen geführt, weil man die rein wirtschaftlich zu verhandelnden Forderungen in politische umfrisierte und diese angebliche Politisierung der Konferenz zum Vorwand nahm, um sie an den Rand des Abbruchs zu führen. Dabei muß festgestellt werden, daß den deutschen Sachverständigen in der Konferenz auch nicht die leiseste Möglichkeit gegeben worden ist, diesen Plan A zu diskutieren und sich über die Bedeutung der gemachten Vorbehalte zu erklären. Ziffernmäßig sah der Plan einen ungefähren Zahlungsanteil in Höhe von jährlich 450 Millionen Goldmark vor. Ein weiterer Teil, der von 225 Millionen im ersten Zahlungsjahr auf 600 Millionen im 11. bis 37. Jahr anstieg, sollte transfergeschützt bleiben. Für einen dritten Teil, der ebenfalls ziffernmäßig in der gleichen Höhe wie der transfergeschützte Teil sich hielt, war nicht nur auf Transferschutz, sondern auch ein Schutz der inneren Ausbringung vorgesehen, d. h. sollte seine Ausbringung im Innern Schwierigkeiten machen, so war die Möglichkeit eines zweijährigen Zahlungsaufschubs gegeben. Ein vierter Teil endlich war für Sachlieferungen vorbehalten, die nach zehn Jahren aufhörten und sich von 750 Millionen Goldmark im ersten Jahr auf 200 Millionen im zehnten Jahre verminderten. Insgesamt ergab sich eine feste Jahreszahlung von 1650 Millionen RM. Für den Fall, daß die Konferenz diesen mit Vorbehalten versehenen Plan, der namentlich auch auf den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Zukunft sich aufbaute, nicht annehmen sollte, war ein zweiter Plan B in Aussicht genommen, der ausdrücklich unter Berücksichtigung nur der gegenwärtigen deutschen Leistungsfähigkeit aufgestellt war, d. h. also auf einer wesentlich schwächeren wirtschaftlichen Grundlage beruhte. Dieser Plan sah eine dreiteilige Jahreszahlung vor, und zwar einen transfergeschützten Teil, der von 450 Millionen Goldmark im ersten Jahr auf 725 im zehnten Jahr anstieg, um dann in den Jahren 11 bis 37 825 Millionen Goldmark zu betragen. Der zweite Teil war ausbringungssicher und transfergeschützt; seine Ziffern waren die gleichen wie die des Teiles 1. Der dritte Teil endlich bestand in Sachlieferungen mit den gleichen Ziffern wie beim Plane A. Um einen deutschen und unmißverständlichen Beweis des deutschen Leistungswillens zu geben, schlugen die deutschen Sachverständigen vor, daß im Falle des Eintritts von Trans-

ferschwierigkeiten die inneren Zahlungen geleistet und im Gegenzug zu den Bestimmungen des Dawesplans, der eine Inflationsschranke von 5 Milliarden Goldmark vorsieht, ohne Begrenzung angeordnet werden sollten. Auch im Falle eines Moratoriums sollten auf jeden Fall die aufgehobenen Zahlungen später nachgeleistet werden. Auf jeden Fall aber beschränkte das deutsche Memorandum die Laufzeit der Reparationszahlungen im Gegenzug zu den Wünschen der Gläubigermächte auf 37 Jahre und erhöhte auch den Betrag, der seit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages getätigten deutschen Reparationsleistungen in Höhe von insgesamt 46,5 Milliarden Goldmark.

Nach Vorlage des hier kurz skizzierten deutschen Memorandums beschloß die Vollkonferenz, das gesamte Ziffernmateriale von den bisherigen Roosevelt-Ausschuß diskutieren zu lassen. Der Ausschuß hat am 18. April zwei Sitzungen abgehalten. In der Nachmittagsitzung wurde einstimmig und schriftlich ein Beschluß dahin ergangen, daß die deutsche Delegation, nachdem keinerlei Anregungen über eine glünstige Erhöhung der deutschen Leistungsfähigkeit gemacht wurden, sich außerstande sehe, mehr als 1650 Millionen Goldmark als Jahreszahlung anzubieten. Die deutschen Sachverständigen sind also durchaus bereit gewesen, höhere Jahreszahlungen in Betracht zu ziehen, falls ihnen von den übrigen Konferenzmitgliedern positive Möglichkeiten einer entsprechenden Erhöhung der deutschen Zahlungsfähigkeit aufgewiesen werden würden. Das ist nicht geschehen, und daher konnte man sich deutscherseits nur an den aufgestellten Zahlungsplan B halten, da, wie bereits erwähnt, eine Diskussion des Zahlungsplans A ausdrücklich von der Konferenz abgelehnt worden war.

Mit diesem negativen Ausgang der Zifferndiskussion war die Konferenz in ihr kritisches Stadium getreten. Das am 19. plötzlich erfolgende Ableben des zweiten englischen Hauptdelegierten, Lord Reresford, gab Gelegenheit zu einer mehrstündigen Aussetzung der Verhandlungen und zur Einleitung privater Besprechungen mit dem Ziele, das weitere Schicksal der Konferenz zu klären. In der Vollversammlung am 23. wurde beschlossen, ein aus den sieben ersten Delegierten der Konferenzgruppen bestehendes Redaktionskomitee zur Ausarbeitung eines Konferenzberichtes einzusetzen, mit der gleichzeitigen Aufgabe, in Weiterführung der Konferenzarbeit eine Einigung auch über die noch strittigen Fragen herbeizuführen. Ob trotz der außerordentlichen Differenzen in der Ziffernfrage zwischen den deutschen Sachverständigen und den Sachverständigen der fremden Delegationen eine Annäherung oder gar Überbrückung möglich sein wird, ist zur Stunde völlig unmöglich abzusehen. Aber selbst wenn die Konferenz ihre eigentliche Aufgabe, eine vollständige und endgültige Regelung des Reparationsproblems herbeizuführen, nicht lösen sollte, so muß ihre Bedeutung als außerordentlich angesehen werden, daß sie doch auf jeden Fall die Diskussion über eine praktische Lösung des Währungsproblems ganz erheblich weitergebracht und somit wertvolle Vorarbeit für die Durchführung einer endgültigen Regelung zu günstigerer Zeit geleistet.

10 Jahre Versailles.

Zum 7. Mai, dem Tage der Überreichung der Friedensbedingungen.

Von Staatssekretär z. D. Fehr. v. Rheinbaben, M. d. R.

Nach wichtigem Warten wurden der deutschen Delegation unter Führung des Grafen Brodorff-Ranau die Friedensbedingungen am 7. Mai 1919 mitgeteilt. Unfähig schwere, bange Monate gingen diesem historischen Ereignis voraus. Deutschland, von Hunger und Bürgerkrieg gepeinigt, durch mühsame Anstrengungen zur Wiederherstellung innerer Ordnung und versäufungsmäßiger Zustände mit den ersten und dringenden Aufgaben der Liquidation des verlorenen Krieges beschäftigt, war sechs Monate wehrlos und ohnmächtig der brutalen Gewalt des Siegers ausgeliefert gewesen. Die Waffenstillstandsbedingungen hatten hart und grausam die ganze Schwere des kommenden Friedens vorausabnehmen lassen — aber was an jenem Nachmittage des 7. Mai 1919 an Willür und Ungerechtigkeit seitens der Sieger proklamiert wurde, übertraf die schlimmsten Befürchtungen. Graf Brodorff-Ranau stellte in würdiger Form vor dem verammelten Tribunal der Sieger den deutschen Willen zu loyaler Mitarbeit an einem für Deutschlands Ehre und Lebenswillen erträglichen Frieden in Aussicht. Aus Clemenceaus Munde sprach lebendig der Hohn des Siegers und sein Wille, durch die Drohung mit weiterer Gewalt, d. h. des militärischen Einmarsches

in Deutschland, den Diktatfrieden in kürzester Frist zur Unterzeichnung zu bringen. Schmerzhafte Erinnerungen bewegen uns noch heute nach zehn Jahren, wenn wir an jene furchtbaren Tage und Wochen nach dem 7. Mai und schließlich des 16. Juni 1919 denken, an dem nach nur sehr geringfügigen Änderungen des Diktates das endgültige Ultimatum der Sieger ausgesprochen wurde, dem eine Mehrheit der Deutschen Nationalversammlung am 27. Juni entsprach. Weltenwende — deutsches Schicksal!

Wenn jemals für ein Volk die Parole richtig war, alle Kräfte zusammenzufassen und im unbeirrten Glauben an eine gerechtere und bessere Zukunft im Bild auf diese an die Arbeit des Tages zu gehen, so gilt diese Parole heute für das deutsche Volk. Allerdings, es gibt für diese Parole sehr wichtige Voraussetzungen. Kein wirklicher Staatsmann und kein ernsthafter Politiker kann und darf an den Lehren der Vergangenheit vorbeigehen. Keiner kann selbst heute, zehn Jahre nach „Versailles“, den Anspruch erheben, ein Führer in deutsche Zukunft zu sein, der sich bei dieser Arbeit nicht der ganzen dauernden Schwere des Friedensdiktates von Versailles und vor allen Dingen seines inneren Sinnes bewußt bleibt. Man hat damals weder auf irgendeine Stimme der Ver-

nunft, noch viel weniger auf Deutschland selbst gehört. Der Triumph des Siegers, der Wille zur Wiederholung, Schwächung, Ausbreitung Deutschlands auf unabsehbare Zeit war das Entscheidende in der Einstellung der anderen. Nur mit größter Erschütterung kann man heute die Einzelheiten von den internen Verhandlungen der Sieger unter sich und insbesondere von der kläglichsten Rolle sehen und in sich verarbeiten, die damals, an einer Weltenscheide, der nach dem Zusammenbruch Deutschlands zunächst allmächtige Präsident der Vereinigten Staaten, Wilson, gespielt hat. Es ist wohl keine Übertreibung, wenn man behauptet, daß die Geschichte eine ähnliche Chance bisher niemals einem einzelnen Menschen gegeben hat und wohl kaum jemals wieder geben wird. Was Präsident Wilson damals in den ersten Wochen nach der deutschen Niederlage „von der Sekunde aus“ geschlagen hat, wird seine Ewigkeit zurückbringen“. Er hat erreicht, daß sein Lieblingsgedanke, der Völkerverbund, zum integralen Bestandteil der Friedensverträge wurde. Er hat verschuldet, daß die Gerechtigkeit ihre Haupt verhältnisse und ein tüchtiges Volk mit stolzer Vergangenheit für unglückliche Opfer und Heldentaten zu seiner Verteidigung als Großmacht in einer Weise gefordert worden ist, wie es in den letzten Jahrhunderten von dem Weltkriege wohl niemand in der ganzen zivilisierten Welt für legenden bezeugtes Volk als theoretisch möglich bezweifeln haben würde. Der damalige Leiter der englischen Politik, Herr Lloyd George, hat festsichergestellt — sein Dokument vom Fontainebleau beweis — einen anderen Frieden gemüßigt und zeitweise ernstlich erstrebt. Er war jedoch durch eigene Schuld der Gefangene der öffentlichen Meinung seines Landes und letzten Endes viel zu sehr ein Mann des Augenblicks und des Kompromisses, um seine Absichten hinsichtlich eines Friedens der Mäßigung durchsetzen zu können. Der eigentliche Triumphtor waren Herr Clemenceau und sein Land. Europa bekam ein neues Antlitz. Drei Kaiserreiche brachen in Trümmer, eins davon, Österreich-Ungarn, verwandte von der Landkarte. Welte, rein deutsche Gebiete wurden vom Mutterlande abgetrennt und seine Menschen wie „Schachfiguren von einem Staat in einen anderen geschoben“. Reiche und zukunftsreiche koloniale Gebiete wurden unter heuchlerischen Formeln und Begründungen an die Sieger verteilt. Neue Staaten wurden in Europa nach demselben „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ geschaffen, das dem deutschen Volk verweigert wurde. Sie schloffen politisch, militärisch und wirtschaftlich einen festen Ring um das verleinerte, wichtiger Rohstoffe und Agrargebiete beraubte und einseitig entworfene Deutschland. Nur die Fundamente des Bismarckschen Reiches blieben bestehen — eine neue Epoche der Weltgeschichte begann.

Könnte das deutsche Volk unter dem Friedensdiktat von Versailles leben, seinen Staat und seine Wirtschaft wieder aufbauen? Wir glaubten es damals alle nicht — und sind trotzdem aus Werk gegangen. Vergegen wir im heutigen Tempo der Zeit nicht allzu schnell, was sich in diesen ersten fünf Nachkriegsjahren ereignet hat! Können wir von uns sagen, daß wir durch die mühselige Arbeit dieser Epoche als Nation geläutert worden sind? Haben wir im Frühjahr 1929 nun endlich festen Grund unter den Füßen? Brauchen wir die Ursachen der Leiden und Opfer der Vergangenheit nicht mehr in unsere politische Rechnung einzulassen? Auf diese ersten Fragen finden wir die richtige Antwort nur dann, wenn wir uns bewußt bleiben, was wir eigentlich in diesen letzten zehn Jahren erlebt haben.

Das Aufkommen der Herzen und Sinne, der leidenschaftliche Protest gegen das, was uns in Versailles angetan wurde, ist schnell vorüber. Liebe und der großen Masse unseres Volkes unmittelbar, setzte die Inflation ein und verbrüllte uns ein Schneefall an stillen Winternoten den brüchigen Grund, auf dem wir als Staat, Volk und Kulturgemeinschaft uns befanden. Und wenn man dieses Bild weiterausspannen will, dann könnte man wohl der Ansicht sein, daß, wie die Dede des Schnees im Winter die Erde vor Frost und Kälte schützt, vielleicht auch die Inflation, so schmerzliche Einwirkungen sie haben sollte, in jener ersten Periode nach dem Kriege — bisfich gekehrt — das eine Gute hatte, daß sie wenigstens dafür sorgte, daß das deutsche Volk zunächst überhaupt wieder an die schwere Arbeit des Tages ging. Der Historiker wird einmal feststellen, daß in den Schicksalsjahren zwischen 1919 und 1923, im Kampfe gegen die westlichen Sieger und den von Osten herandrängenden Bolschewismus, der deutsche Staat und die deutsche Wirtschaft nichts anderes taten, als um ihre Existenz zu kämpfen und schließlich dabei hart am Rande des Abgrundes hängen. Trotzdem war ein beträchtlicher Teil unseres Volkes voller Hoffnung, durch Selbstbestimmung und äußerste Anstrengung in irgendeiner nach und absehbaren Zeit das deutsche Schicksal wieder zum Guten wenden zu können. Heute, im Frühjahr 1929, sind

mehr als fünf Jahre seit jenen dunklen Herbst- und Winternoten des Nachkrieges verfloßen. Staat und Wirtschaft stehen auf ungleich festere Grundlagen. Und doch scheint es zumeilen, als ob wir von jener Selbstbestimmung, jenem Arbeitswillen, jenem Ausblick in eine bessere deutsche Zukunft der ersten Nachkriegsjahre stimmungsmäßig weiter entfernt seien, als damals. Drohen unsere Kräfte zum Wiederaufbau nachzulassen oder kommt er jetzt, zehn Jahre nach Versailles, der ganze Umfang der äußeren Niederlage und des inneren Zusammenbruchs den führenden Schichten zum Bewußtsein, während große Teile unseres Volkes die Befriedigung materieller und berufsständischer Wünsche fälschlicherweise der Politik gleichsetzt?

Gibt es ein Heilmittel gegen solchen Kleinmut, solche Zersplitterung? Es liegt weniger im Streben nach Vervollkommen in Spezialwissenschaft, berufsständischem oder organisatorischem Sondergebiet, als in der Erweckung eines Stromes nationaler Willenskraft, der allein aus der Erkenntnis der großen Zusammenhänge deutscher „Augen-, Innen-, Wirtschafts- und Kulturpolitik“ fließen kann. Versuchen wir deshalb, einen Sinn in die zehnjährige Nachkriegsepoche hineinzubringen und die Linie zu finden, auf welcher wir trotz aller Hindernisse schließlich doch vorwärts gegangen sind.

Wären wir zunächst auf das weite Gebiet der Wirtschaft, „Reparationen und Sicherheit“, das war die Forderung der Sieger. Primum vivere — erst leben, dann erfüllen und bezahlen, das war die Formel, die wir mit wechselläufigem Glück, Geschick und Erfolg als unser deutsches Ziel aufstellten. Wirtschaft und Politik berührten sich nicht nur, sie gingen ineinander über, und brüht wäre es, für das, was Deutschland tat und tun mußte, siphistisch und theoretisch die Grenzlinien zwischen beiden ergründen zu wollen. Die Gegenseite, Präsident Wilson zuerst und am meisten, hat ihr seelisches Wort gegeben, als sie von dem besiegten, zusammengebrochenen und wehrlosen Deutschland Tribute in unerreicher Höhe verlangte und sie mit Gewalt erpreßte. In den Notizen, die dem Waffenstillstand vorausgingen, hatten wir uns zur Wiederherstellung der Zerstörungen verpflichtet. Die Gegenseite fügte die Forderung nach Wiedererstattung der Pensionen und Renten an die Kriegshinterbliebenen, Kriegesbeschädigten usw. hinzu. Ein Mann, wie der in den letzten Jahren so in den Vordergrund getretene französische Minister Loucheur, kam damals in seinen Berechnungen der deutschen Tributzahlungen zu der phantastischen Summe von 800 Milliarden Mark, während die traurige Realität des Herrn Klotz den Deutschen schließlich „alles bezahlen“ machen wollte. Im Enderfolg haben die Forderungen der Franzosen, denen im Großen und Ganzen auch die Engländer zustimmten, bis 1923 lediglich den Erfolg gehabt, daß Deutschland nicht jene Ruhe und Atempause zur Stabilisierung seiner Währung und Ordnung seines Hausbaus fand, die von Männern wie Simons, Rathenau und Wirth, gestützt auf namhafte Sachverständige des Inlandes und des neutralen Auslandes, immer wieder als erste Vorbedingung dafür bezeichnet wurde, daß Deutschland überhaupt Kriegsschuldenabgabe bezahlte. Die Konferenzen von Neuquien, Paris, Cannes, Genoa saßen in der Erinnerung vorüber. Die Gedanken vor allem des Jahres 1923, der Ruhrereignisse hatte nicht nur nicht mehr das Geringste mit wirtschaftlicher Dürfnis zu tun, sondern entließ zwei klare politische Ziele Frankreichs: Rache der französischen Armes und eines großen Teiles des französischen Volkes für die Niederlagen von 1870 und Streben nach dem ganzen französischen Volk nach Abwendung des Scheiterns von Deutschland. Neben der Gewalt der Waffen wirkte Geld, Forderung und Korruption. Frankreich verkehrte es nicht, die Sammelpläne des Separatismus in seinen Dienst zu stellen, und während kommunistischer Aufruhr in Sachsen sich gegen die Reichsgewalt wandte, nationalsozialistischer Innerland in Bayern den Bürgerkrieg zu entfesseln strebte, war das deutsche Volk auf dem Tiefpunkt der Entwertung seit dem 9. November 1918 angelangt. . . .

Dieser Tiefpunkt war gleichzeitig der Wendepunkt. Von außen her kam Unterstützung für jene innerdeutschen Kräfte, die auch in den dunkelsten Tagen nicht verzweifeln, sondern mit den ihnen noch möglichen Mitteln versucht hatten, das Reich zu erhalten. Die englische Politik riefte sich zur Vermittlung auf, die amerikanische Politik und Finanz trat ihre neue Einwirkung auf Europa an. Ein geschichtliches Moment stärker Bedeutung. Es kam der Dawesplan. . . .

Wenn wir heute, 1929, um eine Revision und Verlickichtigung der wirklichen deutschen Leistungsfähigkeit ringen, dann wollen wir in diesem Kampf uns daran erinnern, daß die Zahlen des Dawes-

plans ebensovienig wie die heute von unseren Gläubigern geforderten Ziffern wirtschaftlicher Dummheit und Einficht entsprechen. Die Veröffentlichung der Protokolle der Sachverständigenkommission vom März 1924 würde ergeben, daß namhafte Mitglieder schon damals für die deutschen Ertragsabgaben eine Höchstziffer von etwa 1750 Millionen genannt hatten, die lediglich deshalb auf 2,5 Milliarden in der letzten Phase der Verhandlungen erhöht worden ist, weil sonst Herr Poincaré dem sogenannten „wirtschaftlichen Urteil von Sachverständigen“ nicht zugestimmt hätte. Mit anderen Worten: Wenn heute sich einwandfrei der feststehende Satz des Damesplanes herausgestellt hat, wenn jeder mit den einfachen volkswirtschaftlichen Kenntnissen behaftete Franzose, Engländer, Amerikaner feststellen kann, daß Deutschland seine Kriegsschuld nicht aus Überschüssen, sondern mit geborgenen Geldern bisher bezahlt hat, dann ist es wohl nicht uninteressant, darauf hinzuweisen, daß das Pariser deutsche Angebot von 1250 Millionen sich annähernd mit jenen Ziffern deckt, die im Frühjahr 1924 „die wirtschaftliche Dummheit“ namhafter auswärtiger Sachverständiger als Höchstsumme bezeichnete.

Müht es sich selbstem gefahren, was eine höhere deutsche Leistungsfähigkeit als berechtigt erklären könnte. Eigenartig genug ist die Entschuldigungen. Wie erleben, äußerlich ähnlich der ersten Inflationsjahre, aber innerlich ungleich geladener, einen starken Antrieb der deutschen Wirtschaft. Aber die öffentlichen Ausgaben und die Belastungen der Wirtschaft liegen in noch schnellerem Tempo. Besonders, doch wiederum psychologisch interessant ist, daß in den abgelaufenen Jahren seit 1924 so manche Verantwortliche in Deutschland eine neue Krise kommen sehen und daß trotzdem die zusammenfassende staatsmännische Kraft fehlte, ihr rechtzeitig durch Reformen, Vereinigungen und äußerer Sparmaßnahme zu begegnen. Aber trotzdem: Haben jene recht, die im Rückblick auf diese zweite Epoche der Nachkriegszeit n. r. Kritik üben und auf die unnötig hohen Ausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden oder Mißstände in der sozialpolitischen Gesetzgebung hinweisen? Oder liegt nicht in Wahrheit die Erklärung für diesen unheilvollen Prozeß sehr nahe: Das deutsche Volk hat sich heute in Staat und Wirtschaft noch keinen festen Boden unter den Füßen. Es hat noch keine Hoffnung, viel weniger Gewißheit, daß die Ertragskraft seiner Arbeit in einer geordneten Wirtschaft und einfachen, klaren Verwaltung überwiegend zum Lohn seiner eigenen Anstrengungen werden. Noch arbeitet das deutsche Volk viel zu sehr lediglich um zu leben und zu wenig mit dem Gedanken an das Ziel seiner Freiheit und Unabhängigkeit. Mit Recht suchte es nach sozialer Schwere am wieder Freude am Dasein. Es ging ernst und trüben Erwägungen im Hinblick auf die Zukunft gern aus dem Wege. Es genügt die Gegenwart, es suchte seine materielle Lage nach Kräften zu bessern, aber es stellte sich nicht genügend auf den weiteren Kampf gegen „Versailles“, d. h. um die Wiederherstellung seiner wirtschaftlichen und finanziellen Souveränität ein. Das kam äußerlich schnell mit der Tatsache abgefunden hatten, daß eine vernünftige internationale Kontrolle auf dem wichtigsten Gebiet der Wirtschaft und des Verkehrsweises die innerdeutsche Bewegungen- und Handlungsfreiheit empfindlich beschränkte. In solcher Einstellung unseres Volkes begannen die Pariser Verhandlungen des Frühjahr 1929. Ihr Verlauf hat gezeigt, wie schwer jene Jahre nach Friedensschluß noch die Felsblöcke sind, die auf dem Wege deutscher Freiheit liegen. . .

Und was tat demgegenüber die Politik? Sie untergrub die Wirtschaft, wo sie konnte und versuchte auf ihrem Gebiet die allmähliche Wiederherstellung deutscher Souveränität. Das Streben und der Will eines besiegten Volkes ist ein recht anderer, als der eines Staates im Glanz der Macht. Freilich, die äußere Form scheint bei dem einen wie dem anderen sich neuerdings zu ähneln. Aber wir haben doch erkennen müssen, daß unter der stilleren äußeren Fassade von Friedensleben und Friedensbereitschaft der anderen der harte Wille des Siegers unerbittlich fortbesteht, mit Hilfe der auf überlegene militärische Rüstung begründeten Macht die nationalen Interessen auf Kosten der Besiegten zu fördern. Als wir im Jahre 1924 dem Gebot des Primus vivere in der vorläufigen Gestalt des Damesplans Rechnung getragen hatten, hat die deutsche Außenpolitik durch das Vertragswerk von Locarno durch den Eintritt in den Völkerbund, durch die Zustimmung zum Kellogg-Pakt und durch ihre gesamte Friedenspolitik versucht, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der „Geist von Versailles“ einem anderen Geiste loyaler Zusammenarbeit der Völker im gegenwärtigen

Interesse weiche. Sie hat nur Anfangs- und Teilerfolge errungen, die wahrlich keinen Grund zur Befriedigung geben. Die Gegenseite hat eine andere Auffassung von dem Versailler Vertrag als wir. Nicht in einem einzigen Falle hat bisher das Recht gesiegt, so wie es von deutscher Seite über die Parteigänger hinweg von rechts bis links mit glühendem Menschenvorstand und objektiver Auslegung gebietet wurde, sondern stets die Macht und die Interessen siegten. In zehn Jahren nach dem Friedensschluß haben noch mehr als 60 000 Mann fremder Truppen auf deutschem Gebiet, und man verweigert uns neben der Rheinlandräumung auf dem Gebiete der Abrüstung und des Minderheitenschutzes die sinnvolle Durchführung wichtiger anderer Rechtstitel des Versailler Vertrages. . .

Wie kommen wir zur Revision des Versailler Vertrages? Weder wirtschaftliche Dummheit noch der Geist des Rechts und der Gerechtigkeit, noch allgemeine Friedenssehnsucht und freundlichere Gefühle einzelner Verständigungstreue haben uns bisher Freiheit und Gleichberechtigung wiedergegeben. Was 1919 war und was 1929 ist, lehrt uns unerbittlich und deutlich, daß unsere nächste und dringende Aufgabe bleibt, im politischen Ringen mit den westeuropäischen Siegermächten und in der Zusammenarbeit mit der amerikanischen politischen und wirtschaftlichen Großmächten zu kämpfen. Einmal den Weltkrieg auf jenen beiden Gebieten zu gewinnen, auf denen die Befreiung der deutschen Souveränität am schwerlichsten und sichtbarsten sich auswirkt: Befreiung und unerträgliche Höhe der Kriegsschuld. Die Tagesereignisse und ihre Begleiterscheinungen kommen und gehen. Was in all diesen zehn Jahren vor uns hand und bis auf weiteres vor uns stehen wird, ist das Streben Frankreichs, seine Siegerstellung und seine Vorherrschaft in Europa zu bewahren und auszubauen. Daneben wirkt sich ein englischer lauer Opportunismus in Bezug auf deutsche Dinge und Ziele aus, in dem nicht nur Reste der Vorfreude und Kriegseinstellung gegen Deutschland liegen, sondern auch die Beforgnis vor neuer deutscher wirtschaftlicher Konkurrenz ihre Rolle spielen. Gewiß, für das Morgen gilt der Satz, daß die deutsche Zukunft im Osten und Südosten Europas liegt. Für das Heute jedoch gilt das harte Gebot für jeden Deutschen: Werde wieder Angehöriger eines freien Volkes! Der Weg zu dieser Freiheit geht nun aber unerbittlich über das Ringen mit Frankreich und England, das nun schon zehn Jahre der deutschen Außenpolitik seinen Stempel aufgedrückt hat. Daneben geht alles in die Irre, was an Katapulten für eine „Orientierung“ der deutschen Politik in anderer Richtung geäußert wird. Gerade unsere heutige Lage erweist es täglich als neue, daß die beiden Haupterzeugnisse der Jahre 1924 und 1925 — Schaffung einer gesicherten deutschen Währung und Herstellung einer internationalen, staatlich und wirtschaftlich fundierten festen Abwehrstellung Deutschlands gegenüber unerträglichen Forderungen von außen — die Ziele dieser Fügen strafen, die dauernd von völliger Erfolglosigkeit des deutschen politischen Ringens der letzten Jahre sprechen!

Stehen wir heute vor neuen Krisen und sollten sie wirklich notwendig sein, um durch die Wucht der Tatsachen der Vernunft einwillig eine Gasse zu bahnen? Wir wissen es nicht. Wir wissen nur, daß es die vom Schicksal gestellte Aufgabe unserer Generation ist, Deutschland wieder zum handlungsfähigen, freien Staat zu machen, die deutsche Wirtschaft zu stabilisieren und ertragsfähig zu gestalten und dem Gedanken des Deutstums über die Staatsgrenzen hinaus in Europa und der Welt zu neuer Geltung zu verhelfen. Wir Deutschen haben weder den anfänglichen, uns oft ziemlich brutal, mandolam aus ein wenig naiv anmutenden politischen Instinkt, noch steht uns die Phrase der lateinischen Völker und ihre Auswirkung zur Verfügung. Wir wollen wissen und dann wollen wir handeln. So sollten wir nach dieser Methode von „Versailles“ und dem, was in zehn Jahren nach „Versailles“ geschah, das Wissen herleiten, daß unser Volk nur in langer Arbeit und in Einigkeit und Geschlossenheit zu freier Arbeit und in freier wirtschaftlicher Arbeitsgemeinschaft und in freier heiligen Bekenntnis zum Gedanken des deutschen Volkstums zu Freiheit und neuer Größe aufzuheben vermag. Aber dieses Wissen allein genügt nicht. Es muß mehr als bisher ein Wille sich bilden, die richtigen folgerichtigen aus ihm zu ziehen!

Das Straßburger Münster.

Von Franz Dülberg.

Eine Kathedrale des Mittelalters war etwas anderes als eine Aufgabe, die ein mehr oder minder kleiner Bauart mit Reichtum und Eingaben im Verlauf eines knappen Jahrzehnts erledigt. Sie war auch mehr als die alle fernstehenden unberührt lassende Angelegenheit eines einzelnen Religionsbekenntnisses. Straßburgs Münster, in der Romantikerzeit vielleicht mehr laut besungen als tief erkannt, erlebte seine entscheidende Zeit des Wachstums und Gedelns vom letzten Viertel des zwölften bis zur ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts — also durch mehr als ein Vierteljahrtausend!

Zuerst von den Bischöfen, dann von der Bürgerschaft betrieben, war der Dombau und sein bildnerischer Schmuck die Gelegenheit, zu der sich alle künstlerischen Kräfte dieser langen und reich bewegten Zeit sammeln mußten, schon weil für den öffentlichen Ausdruck einer abseitsstehenden persönlichen Weltanschauung auch die allererfindlichsten Einrichtungen und Voraussetzungen fehlten.

Gewiß wird kein Einsichtiger heute auf die in schweren Kämpfen errungene Freiheit des Künstlers verzichten wollen, selber den Gedanken zu wählen, den er mit seinem Werk ausdrücken will. Unverkennbar aber bleibt, daß der geistig arbeitende Mensch unserer Tage einen erheblichen, ja oft den besten Teil seiner Kraft bei dem Ringen um die eigene Weltanschauung und Stellungnahme verbringt. Der mittelalterliche Baukünstler, Bildhauer und Maler vermochte das volle Maß der ihm verliehenen Begabung ohne Abzug der Durchgeistigung und befehlenden Ausführung des als Stoff bis aufs letzte fertig zur ihm liegenden Werkes zu widmen.

Gar keine rätselhafteste oder zauberhafte Geheimnishaftigkeit also ist es, die den eigentümlichen Reiz und Wert der größten Denkmale der Kirchenbaukunst des Mittelalters begründet. Einen Reiz und Wert, den auch der Nichtkatholik, ja der dem kirchlichen Leben Abgewandte in unverminderter Stärke zu empfinden vermag. Handelt es sich doch einfach um das Gefühl, das durch Jahrhunderte hindurch die edelste Kraft geistig angepannter Menschen im Grenzgebiet zweier hochgebildeter Nationen in sich aufgenommen hat!

Das soeben angedeutete „Grenzermäßige“, der Austausch zwischen französischem und deutschem Wesen ist durchaus nicht eine Sonder-eigenschaft des Straßburger Kirchenbaus. Wie die großen Helmburggötter des Mittelalters, der „Parzival“ und „Tristan“, auf Grund keltisch-französischer Vorlagen in Wolframs von Eschenbach und Gottfrieds von Straßburgs Fassung, deutschen Bildreichtum der Sprache, deutsche Seelenergründung in sich aufgenommen haben, so tragen auch tief im deutschen Kernlande gelegene Dome, der Hamburger und der Aachener, in der Baueinlage und im bildnerischen Schmuck die deutschen Spuren französischer Anregungen, die im deutschen Sinne vertieft und bereichert wurden. Gerade deutsche Kunstschaffende, an ihrer Spitze Wilhelm Döge,

waren es, die vor mehr als dreißig Jahren, zuerst von den Vertretern der alleinselstehenden „italienischen“ Schule verspottet und bekämpft, den Dörfing Frankreichs in der Erneuerung des heute „gotisch“ genannten Baustils, in der Schaffung einer befehlenden und freibewegten kirchlichen Bildhauerkunst des Mittelalters nach-

wiesen. Auf Döges Spuren schreitet Richard Hamann, der Marburger Kunstgeschichtslehrer, der zusammen mit Hans Weigert jetzt das Straßburger Münster im Deutschen Künstleratlas Berlin in einer nach Zahl und Güte der Abbildungen und würdevoll männlicher Schaltenheit der geistigen Anschauung vorbildlichen Ausgabe darstellt.

Man braucht wohl kaum hervorzuheben, daß geschichtliche Tatsachen durch politische Ereignisse der Zeit, in der wir leben, nicht verändert werden können. Kein einsichtiger Franzose wird, weil Grünewalds Jenseitiger Altar mit der Stadt Colmar durch den Friedensschluß von 1919 an Frankreich gefallen ist, den großen Schaffensburger Meister der „französischen Schule“ zurechnen. Nicht größere Veranlassung besteht für uns, jetzt, weil das Straßburger Münster der französischen Kirchen- und Denkmalsverwaltung untersteht, das, was uns an dem vielgestaltigen Werke deutsch und was fremden Wesens erscheint, anders zu sehen als vormals. — Mit Recht hebt Hamann hervor, daß sich unter den Bischöfen, die bis 1704 in Straßburg regierten, kaum ein einziger französisch-Sprachiger befand. Auch die wenigen erhaltenen Namen der am Werk mitgeschaffenen Künstler sind sämtlich deutsch. Der Kölner Dom, ruft der gewiß durch seine Studien aus mit Frankreich verbundene Herausgeber aus, hat mehr von französischem Geist in sich aufgenommen als das Straßburger Münster.

Freilich tun solche unabweisbaren Wahrheiten wieder ihrerseits der Tatsache keinen Eintrag, daß die großen Gedanken der französischen Revolution in einer doch recht erheblichen Teil der Essener und Kottbinger für den politischen Anschluß an Frankreich, wenn auch nicht so sehr für die Annahme französischer Sitte und Sprache, gewonnen haben. Das Tragische hierbei ist freilich, daß ein großes verzögerndes Mißgeschick dieser lebenskräftigen Befreiungsgedanken den trefflichsten Statuenmord verschuldet hat, der, wie so viele andere Kirchen auf französischem Boden, auch Straßburgs Münster des überwiegenden Teils seines mittelalterlichen bildnerischen Schmuckes beraubt hat.

Erhebender als dieses unheilbare Verschulden, das den Kunstfreund zwingt, edelste Teile der Bildhauerkunst statt an dem ihnen gebührenden Platze in dem allmählich zu einem Museumsraum zu werden, „Frauenhäuser“ aufzulösen, wirkt die innere, echt deutsche, Stimmungsmäßigkeit an die Geschichte der Schicksal tragende Tragödie des Münsterbaues. Langsam, mit der Geduld der ersten Ringens schiebt sich die Entzweiung von den schweren romantischen Teilen der Krypta, der Apsis und des Chores über die Nahtstelle des südlichen Querhauses, wo wir das Verfalls des ursprünglichen Plans



Die Spinnende



Helmburggötter



Ringende Christus



Tragender

an heute noch sichtbaren Spuren feststellen können, zu der immer noch etwas dreifelhigen Gotik des Langhauses und zum kristallinen Wandergesicht der Westfassade. Auch hier sind nicht alle Blütenräume gereift: die edle Durchsichtigkeit des „Risses B“, den Hermann wohl mit Recht dem größten Namen unter den Domänenmeistern, dem 18. Jahrhundert „Gubener“ Gwein zuschreibt, wurde wohl schon von Gwein's „Sohne“ Johannes zugunsten mäßiger Zwischenbauten verlassen. In der Hofe, diesem reichsten und immoßvollsten und dabei doch nirgends gewichtlohen Schmuckstück aus gotischen Strahlen, dürfen wir wohl das klarste erhaltene Abbild Ewingschen Gelfes erblicken.

Seelische Vertiefung wertvoll, aus der fremde übernommenen Kunstgüter spricht uns aus den kostbaren der erhaltenen Bildhauerwerke des Meisters an. Der Meister, der etwa im dritten Jahrzehnt des dreizehnten Jahrhunderts am noch fast romantischen Subportal des Querschiffs das im edlen Einklang der Bewegungen so ergreifende Relief des Marienbegräbnisses schuf, gehörte vielleicht im Jugendjahre zu der Schar der Helfer an der Kathedrale von Chartres. Hat es doch auch in späteren Jahrhunderten an niederländischen, deutschen, dann italienischen Künstlern im Kunstbetrieb der französischen Gärtenbüchse nicht gefehlt! Aber der tiefgründige Ernst der Schmerzzüge, den seine klagenden Lippen und die mit blinder Derbheißheit ihrem Leid hingeebende

gestalt aufweisen, geht an Innigkeit des Ausdrucks über alles hinaus, was man in Chartres oder anderen französischen Kathedralen sehen kann.

Eine spätere, rein gotische Reifung desselben Künstlers ist nach Hermann die berühmte, jetzt an Ort und Stelle durch Kopien ersetzte Gruppe der triumphierenden Kirche und der gekrochten Synagoge. In der ruhig abwartenden Haltung der Rechtgläubigkeit liegt hier kein Hohn, und der Verkörperung des Judentums hat der Bildhauer in ritterlicher Gesinnung reinste und edelste Güte gegeben.

Gewiß offenbart sich in den mehr als ein halbes Jahrhundert späteren Portalfiguren der Westfront mancher in besonderem Sinne französisch anmutende Zug. Etwas in den reichlich spielerischen, auf den Kaskaden stehenden „Lugenden“, oder in der fast faberattartigen Gruppe, die der böse „Fürst der Welt“ mit einer der törichten Jungfrauen bildet. Zu tiefstem Ernst dringt aber auch hier ein besonderer Künstler vor, der im geistigen Anschluß an den Meister der „Ecclesia“, der triumphierenden Kirche, die oft von schöner Heidenhaftigkeit erfüllten Prophetenfiguren des Mittelportals erschuf.

Das im eigentlichen Sinne deutsche Münsterwerk Hamanns und Weigers haben örtliche, also heute französische Behörden hilfreich begünstigt. Gemeinsam herauszugeben ist immer besser als gemeinsam zerstören.

Aufnahmen des Kunst. Instituts in Marburg / Lahn. Entnommen dem Werk Hamann-Weiger: Das Städtgauer Münster und seine Bildwerke. Deutscher Kunstverlag, Berlin.

Von den Matrikularbeiträgen zu den Länderüberweisungen.

Von Ministerialdirektor Dr. Hog, Berlin.

I. Das Thema ist ein Ausschnitt aus dem Gebiet des Finanzausgleichs, d. h. der Gesamtregelung der finanziellen Beziehungen der in einem Einheitsstaate oder in einer Staatenverbund vorhandenen Gebietskörperschaften. Die Bezeichnung „Finanzausgleich“ hat sich in Deutschland erst einige Zeit nach Kriegsende eingebürgert. Das Problem selbst ist aber alt; im Einheitsstaat, wo es sich nur um das Verhältnis des Staates zu den Gemeinden und Gemeindeverbänden handelt, verhältnismäßig einfach, wird es in seiner Bedeutung gewaltig gesteigert in Staatsgebilden, in denen mehrere Gliedstaaten zusammengeflochten sind (Staatenbund, Bundesstaat).

Da, wo im zusammengefügten Staat eine reifliche Trennung und Aufteilung der Steuerquellen auf die verschiedenen Gebietskörperschaften aus finanziellen oder politischen Gründen nicht durchführbar erscheint, herrscht ein Mischsystem in der Art, daß Steuerquellen gemeinsam auf Rechnung der verschiedenen Gebietskörperschaften bewirtschaftet werden. Es sind verschiedene Formen einer gemeinsamen Bewirtschaftung denkbar und praktisch verwirklicht:

Die eine Form ist das sogenannte Umlagesystem. Es faßt die übergeordnete Gebietskörperschaft an die eingeordneten an. Die übergeordnete Körperschaft hat mit dem Steuerpflichtigen selbst unmittelbar nichts zu tun, sondern hält sich nur an die eingeordneten Gebietskörperschaften; deren Steuern berühren sie nur insofern, als sie den Maßstab für die Umlage bilden. Eine Abart dieses Systems ist das System der Matrikularbeiträge, insofern verdrängt von der politischen Umlage, als Maßstab für die Umlage in der Regel nicht das Steueraufkommen, sondern die Bevölkerungszahl bildet. Die Einrichtung der Matrikularbeiträge deutet, auch wenn sie nur zur Ergänzung von selbständigen Einnahmen der Zentralgewalt dienen, immer auf einen geringen Grad politischer Zentralisation hin.

Dagegen ist das System der Steuerüberweisungen Kennzeichen einer starken Zentralgewalt. Es besteht darin, daß die übergeordnete Gebietskörperschaft die gemeinsamen Steuern allein erhebt, von ihnen aber ein Teil an die eingeordneten Gebietskörperschaften überweist. Von einer dritten Form steuerlicher Gemeinschaftswirtschaft, der Form der Zuschüsse durch den untergeordneten Verband zu einer von der übergeordneten Gebietskörperschaft in erster Linie für sich in Anspruch genommenen Steuer, soll hier nicht weiter die Rede sein.

II. Das System der Matrikularbeiträge hat das alte Deutsche Reich als Erbteil des heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation (sog. Römermonarchie) und des Deutschen Bundes übernommen. Nach Art. 70 RD. vom Jahre 1811 waren die gemeinsamen Ausgaben, soweit sie nicht durch Zölle, Verbrauchssteuern und aus dem Post- und Telegraphennetze fließende Einnahmen gedeckt waren, durch Matrikularbeiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche bis zur Höhe des budgetmäßigen Betrages durch den Reichsfiskus auszufüllen

waren. Dies aber mit der wichtigen Einschränkung: „solange Reichsteuern nicht eingebracht sind“ (der sog. clausula Miquel). Die Matrikularbeiträge waren also auf vorläufige Einrichtung gedacht, die man im Laufe der Zeit durch eigene Steuereinnahmen des Reichs ersetzen zu können glaubte. An darauf gerichteten Versuchen der Reichsregierung hat es nicht gefehlt, sie haben aber nie zum Ziele geführt. Die Mängel dieser Einrichtung — die Abhängigkeit des Reichs von den Gliedstaaten, das Unsicherheits- und Störungsmoment für die Einnahmen der Gliedstaaten, die Ungerechtigkeit der Umlage nach der Bevölkerungszahl ohne Rücksicht auf die verschiedene Leistungsfähigkeit der Gliedstaaten — sind oft genug verkannt worden. Trotzdem und obwohl sich wiederholt die Möglichkeit der Ablösung der Matrikularbeiträge bot, hat der alte Reichstag ihre Beibehaltung aus doktrinal-politischen Gründen erzwingen; er fürchtete für sein „heiliges“ Einnahmeverbinderrecht, wenn dieser bewegliche Einnahmefaktor aus dem Reichshaushalt verschwände! Als die Zoll- und Steuerreform von 1879 eine erhebliche Minderung der eigenen Reichseinnahmen in Aussicht stellte, so daß die Matrikularbeiträge entbehrlich zu werden schienen, schuf der Reichstag entgegen der Abicht Bismarcks, der das Reich finanziell auf eigene Füße stellen wollte, ein einfaches Defizit: durch die sog. Frankenfesteinlage Kianloß entlos er dem Reich wieder einen wesentlichen Teil der Mehreinnahmen von Zöllen und Tabaksteuern (später auch von Reichssteuern und Braumweinabgabe), und verwendete sie zu Überweisungen an die Gliedstaaten, die sich gleichfalls nach der Bevölkerungszahl richteten. So blieb ein Defizit im Reichshaushalt, das man wie bisher durch Bewilligung von Matrikularbeiträgen jährlich decken mußte. Allerdings war bis 1898 in vielen Jahren das Verhältnis so, daß die Überweisungen an Reichseinnahmen größer waren als die Matrikularbeiträge und den Gliedstaaten Überschüsse ausgezahlt wurden. Seit 1898 kennen aber nicht nur keine Überschüsse gezahlt werden, sondern die durch Überweisungen nicht gedeckten Matrikularbeiträge erreichten allmählich eine solche Höhe, daß sie von den Bundesstaaten im Interesse ihrer geordneten Finanzwirtschaft nicht ohne weiteres eingefordert werden konnten. Das Reich fundete deshalb die über gewisse Kopfbeiträge hinausgehenden Beträge und übernahm sie schließlich auf sich selbst, d. h. auf Reichsanleihen. So ergab sich als Folge dieses Systems: Entwässerung einer klaren und geordneten Finanzwirtschaft in Reich und Bundesstaaten, Unterlassung der Schaffung eigener Einnahmen für das Reich und eine ungesunde, übermäßige Annahme des Reichsredits. — Das Reich trat mit einer Schuldenlast von etwa 5 Milliarden Mark in den Krieg.

Die Gelegenheit der Finanzreform des Jahres 1913 plante die Reichsregierung eine „Ueberholung“ der Matrikularbeiträge in der Art, daß sie nicht mehr nach der Bevölkerungszahl, sondern nach dem Wehrbeitrag, also nach der Steuerkraft der Gliedstaaten auf diese umgelegt werden sollten. Dieser Vorschlag fand aber nicht die Billigung des Reichstags. Dagegen führte er den Wehrbeitrag

und die Reichsbesitzsteuer, eine Vermögenszuwachssteuer, ein und begab sich damit — wenn auch vorläufig und zögernd — auf das Gebiet der direkten Steuern, die bisher nach einem ungeschriebenen Dogma den Ländern vorbehalten waren. Die Matrifalarbeiträge aber blieben trotz dieser Steuern und der verschleierten während des Krieges ausgeschriebenen Kriegsabgaben eine dauernde Einrichtung bis zum Jahre 1919.

III. Erst die Umwälzung der staatlichen Ordnung als Folge des verlorenen Krieges stellte den absoluten Vorrang des Reiches im ganzen Gebiet des Abgabensystems her. Grundlegend bestimmte die neue Reichsverfassung in Art. 8:

„Das Reich hat ferner die Geföggebung über die Abgaben und sonstigen Einnahmen, soweit sie ganz oder teilweise für seine Zwecke in Anspruch genommen werden. Nimmt das Reich Abgaben oder sonstige Einnahmen in Anspruch, die bisher den Ländern zufließen, so hat es auf die Erhaltung der Lebensfähigkeit der Länder Rücksicht zu nehmen.“

Damit war der in der alten clausula Miquel nur vorläufig angeordnete Grundgedanke der konfurierten Geföggebung des Reichs auch auf dem Gebiete der Finanzen klar herausgestellt. Nach Art. 12 RD. behalten die Länder das Recht der Geföggebung nur solange und soweit das Reich von seinem Geföggebungsrecht keinen Gebrauch macht. Macht das Reich aber davon Gebrauch, so gilt der Satz des Art. 13: „Reichsrecht bricht Landesrecht“. Die ungeschriebenen äußeren und inneren Kriegslasten eröffneten nunmehr dem Reich den vollen Einbruch in die Befugnisse des Einkommens und des Vermögens. Die Einkommen- und Körperschaftsteuer unterwarf das Reich in vollen Umfang seinem Zugriff. Die reichsrechtliche Besteuerung des Vermögens, in das Reich schon mit dem Reichsnotengesetz eingebrochen war, fand in dem Vermögenssteuergesetz ihren Abschluß. Die Umsatzsteuer wurde zu einer außerordentlich ergiebigen Einnahmequelle des Reiches ausgebaut. Auf weitere neue Reichssteuern soll hier nicht eingegangen werden. Da mit diesen Steuern der Bedarf des Reiches weit mehr als voll gedeckt war, während die den Ländern und Gemeinden verbleibenden Steuern — außer einigen kleineren indirekten Steuern, die sog. Realsteuern, nämlich die Grund- und Gebäudesteuer, die Gewerbesteuer und später die Hauszinssteuer —, zur Deckung ihres finanziellen Bedarfs nicht ausreichten, mußte das Reich nunmehr seinerseits aus seinen Steuern den Ländern und Gemeinden Abzugsbeiträge zu entnehmen lassen. Man hat das so ausgedrückt wollen, daß während bis zum Kriege das Reich Kollongänger der Bundesstaaten gewesen wäre, nunmehr die Länder Kollongänger des Reiches geworden seien. Ganz stimmt das insofern nicht. Was den Ländern aus den Steuereinnahmen des Reiches zufließt, ist

keine starre für alle Zeit feststehende Dotation, sondern ein Teil des Steuerertrages, der mit der Gesamtgröße des Steueraufkommens auch seinerseits steigt und fällt. Die Länder nehmen an Chance und Risiko des Steueraufkommens teil und erscheinen deshalb mehr als Teilhaber, denn als Kollongänger des Reichssteuerfiskus. Überdies werden die Steuerüberweisungen im wesentlichen nicht nach der Bevölkerungszahl, sondern nach der Steuerkraft auf die Länder verteilt. Kein gilt dies allerdings nur für die Einkommen- und Körperschaftsteuer, von der die Länder (einschließlich ihrer Gemeinden und Gemeinverbände) 70 v. H. erhalten. Bei der Umsatzsteuer, von der 90 v. H. des Aufkommens an die Länder und Gemeinden überwießen werden, liegt eine Mithing vor, indem die Steuer zu zwei Drittel nach der Bevölkerungszahl und nur zu einem Drittel nach dem tatsächlichen Aufkommen verteilt wird. Die drei weiteren sog. Überweisungssteuern (Grundbesitzsteuer, Kraftfahrzeugsteuer und Kermwertsteuer) werden den Ländern reiflos (abzüglich eines Verwaltungskostenbeitrages von 4 v. H.) überwießen, so daß es sich bei ihnen eigentlich nicht um gemeinsam bewirtschaftete Steuern handelt.

IV. Neuerdings scheint das System der Überweisungen dadurch einen Stoß zu erleben, daß das Reich für 1929 eine Vorauszahlung von 120 Millionen RM. an dem Aufkommen aus Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer für sich verlangt und erst nach diesem Voraus die regelmäßige Verteilung einsehen soll. Allerdings hat die Reichsregierung erklärt, daß diese Maßnahme nur als Notmaßnahme für das Jahr 1929 gedacht sei und grundsätzlich dadurch an dem System der gemeinsamen Steuerbewirtschaftung nichts geändert werden soll. Die Länder haben gegen diese Maßnahme die schwersten Bedenken erhoben. Sie ist im Reichsrat auch in abgeändelter Form nur gegen eine starke Minderheit durch Unterstützung Preußens durchgegangen, das diese Maßnahme zwar auch nicht als sachlich berechtigt anerkennen konnte, aber sich aus dem politischen Gefühl heraus, daß die Länder dem Reich in dieser schweren Not ein Opfer nicht verweigern könnten, damit abfindet. Die Länder fürchten, daß das Reich auch künftig bei Schwierigkeiten in der Abgeltung des Reichshaushalts auf dieses bequeme Hilfsmittel zurückgreifen könnte, und erblicken in dieser „Kontingenzierung“ einen Einbruch in das System der gemeinsamen Steuerbewirtschaftung, der ihnen jede Entlastung in der Erfüllung ihrer fukturellen und Wobstfunktionsaufgaben abschneiden könnte. In der Tat würde dieses Vorgehen, denn es Schule machen würde, eine Rückkehr zu dem System der Matrifalarbeiträge bedeuten, wenn auch in der Form, daß die Kürzung nicht nach dem rohen Maßstab der Bevölkerungszahl, sondern nach dem berechneten Maßstab der Steuerkraft erfolgt.

Die internationale und die deutsche Agrarfrage.

Von Geh. Reg.-Rat Professor Dr. M. Sering.

Die Ursache für die im Jahre 1920 ausgebrochene internationale Agrarfrage liegt nicht in einer Überproduktion, nicht in der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion über den Vorratsbedarf hinaus. Schon mit dem 19. Jahrhundert ist die Zeit zu Ende gegangen, in der die Bedingungen gegeben waren, um die Brot- und Fleischproduktion auf extensivem Wege, d. h. durch Erweiterung der bebauten Flächen, rascher zu mehren, als die hädtisch-industrielle Bevölkerung der zivilisierten Welt anwuchs. Im scharfen Gegensatz zu der Preissturz im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts sind von 1920 bis 1924 die Agrarpreise gefallen, obwohl der hädtischen Bevölkerung weniger Brotgetreide und Fleisch als vor dem Kriege zur Verfügung stand. Die im Kriege bei verdoppelten Preisen stark vermehrte überflüssige Getreideproduktion hat keineswegs den Ausfall an ökonomischem Brot- und Futtergetreide ganz zu bedecken vermocht. Dieser Ausfall war dauernder Natur, weil die Revolution von 1917 das russische Reich zu einer Domäne der Kleinbauernschaft gemacht hatte, die die eigene Ernte zum Hauptteil selbst verbraucht, und weil ganz Südwesteuropa und Ostitalien bis Griechenland dem russischen Beispiel gefolgt ist.

Ebenso wenig vermochte auf mehrere Jahre hinaus die reichlichen argentinischen Fleischzufuhren einen vollen Ausgleich für die starke Minderung zu schaffen, welche die europäischen Viehhöfe während des Krieges erfahren hatten. Die Ursache für die internationale Agrarfrage der Nachkriegszeit liegt also nicht auf seiten des Angebots. Die Ursache liegt vielmehr in der Senkung des Einkommens der Bevölkerung in den europäischen Industrieländern. Wohl sind die unmittelbaren Schäden des Krieges im Laufe einiger Jahre gebessert worden, aber das europäische Industriegebiet hat, als ein Ganzes betrachtet, eine schlimme Minderung seines Wohlstandes und Verschlechterung seiner Entwicklungsbedingungen erlitten.

Um das wichtigste hervorzuheben:

Mit dem Vergehen des ergiebigen Zuflusses von Zahlungsmitteln, nämlich von Getreide aus Osteuropa, ist auch der Gegen-

strom von Industrieerzeugnissen nach dem Osten — und das waren hauptsächlich textile Industrieerzeugnisse — zusammengebrochen. Die politische Zersplitterung Europas, die Errichtung von 11 000 km neuer Grenzlinien, der englirische Nationalismus, mit dem die europäischen Länder sich handelspolitisch absperrten, erschweren aus äußerer die Ausbildung einer großindustrialen Organisation von gleicher Leistungsfähigkeit wie die nordamerikanische. Noch schlimmer ist die europäische Industrie durch die nach dem Kriege verstärkte Abwanderung der agrarischen Exportländer, an ihrer Spitze die Vereinigten Staaten, betroffen. Endlich und vor allem ist das europäische Industriegebiet heute viel kleiner als vor dem Kriege mit unproduktiven Flächen, d. h. mit Wirtschaften und politischen Auseinandersetzungen belastet. Aus all diesen Gründen ist die Konkurrenzkraft der europäischen Industrie, das Einkommen und die Kaufkraft der europäischen Industriebevölkerung herabgesetzt.

Am schlimmsten aber unter allen europäischen Industrieerzeugnissen ist das deutsche verarmt, seine Produktivkraft geschwächt durch den Verlust des an Bodenschätzen besonders reichen östlichen Teiles seines Heimatgebietes und den Verlust aller seiner Kolonien, sein Volkseinkommen verringert durch erfolglose Wegnahme des deutschen Staats- und Privateigentums in den abgetrennten Gebieten, durch Konfiskation der im Ausland erschaubaren deutschen Kapitalanlagen und der ganzen freigängigen Handelsflotte. Dem so verkleinerten und ausgeplünderten Lande hat man dann eine Kriegsengehung aufzuerlegen, deren Unmöglichkeit sich noch nachweisen werde.

Unumstößlichen Gegebenen aber bestimmt bei einem gegebenen Angebot die Kaufkraft des für den Absatz unentbehrlichen „letzten Käufers“ den Preis des ganzen Vorrats. Die internationale Agrarfrage erreichte deshalb ihren Höhepunkt, als im Jahre 1923 die Franzosen und Belgier in das Ruhrbecken einrückten, um den Tribut gewaltsam beizutreiben. Sie brachten die deutsche Volkswirtschaft und Massenkaufkraft zum völligen Zusammenbruch. Der Goldwert der aus Deutschland exportierten Industrieerzeug-

fant auf weniger als die Hälfte der Vorkriegszeit herab, der Reallohn der gelernten Arbeiter auf ein Viertel, der der ungelerten auf zwei Drittel des Vorkriegslohns. Aber die deutsche Arbeiterkraft war als letzter Abnehmer von Getreide und Fleisch unentbehrlich, die Preise mußten sich deshalb ihrem Einkommen anpassen. So hat die Farmerkraft der ganzen gemäßigten Zone an der Verelendung Deutschlands teilgenommen. Im Weizen der Vereinigten Staaten kamen in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre gegen 25 000 Farmen und Hunderte von Banken in Konkurs, viele Millionen von Menschen verließen das flache Land, um sich in den amerikanischen Städten ein besseres Unterkommen zu suchen.

Wesentlich weil die Regierung der Vereinigten Staaten diese Zusammenhänge erkannte, gab sie ihre fiskalische Zurückhaltung auf und beteiligte sich an der internationalen Konferenz von Sachverständigen, aus deren Beratungen das Damesabkommen vom Herbst 1924 hervorgegangen ist. Dieses Abkommen machte die Hoffnung rege, daß nach zehnjährigem Kriege endlich die friedliche Arbeit das Werk des Wiederaufbaues verrichten könne. Die nun reichlich nach Europa und besonders nach Deutschland aus den Vereinigten Staaten einströmenden Kredite steigerten die industrielle Produktion und setzten sich größtenteils in Löhne und Gehälter um. Sie hoben dadurch Kaufkraft und Verbrauch in außerordentlich starkem Maße. Die ganz hohe seit Mitte 1924 sich im Verhältnis zu den Industriepreisen hoben, auf den internationalen Märkten die höchsten Preise. Preisereiche also sich verengte und teilweise schloß. Besonders kräftig gegen die Preise für solche Waren an, die sich an die kaufkräftigeren Bevölkerungsteile wenden: Qualitätszergewinne, wie Butter, beste Fleischsorten, Gemüse und Obst, die im Weltbedarf eine steigende Rolle spielen.

Ungünstiger dagegen blieb die Preisbildung für diejenigen Erzeugnisse, welche dem Bedarf der breitesten Massen dienen, wie Brotgetreide und gewöhnliche Fleischsorten. Wohl wurden auch diese Massenwaren seit 1924 teurer, überall aber muß der Landwirtschaft für Kleider, Schuhe, Hausrat und Handverfertigungen (selbstener auch für Produktionsmittel) mehr an Getreide und Fleisch hergeben als vor dem Kriege. Dadurch wird die Lebenshaltung der landwirtschaftlichen Bevölkerung herabgesetzt und ihr Arbeitsertrag gemindert. Für die landwirtschaftlichen Massenwaren, die im allgemeinen die Haupteinnahme des Bauwirtes in der gemäßigten Zone liefern, dauert also das Mißverhältnis zu den Industriepreisen in erheblichem Umfang, wenn auch in abgeschwächtem Maße, fort. Wo liegen die Ursachen für solch abnormale Preisbildung?

Nach 1924 kann von einer Überproduktion von Brotgetreide und Fleisch keine Rede sein, wenn wir absehen von Ausnahmefällen wie dem letzten, das die Reformierte von 1928 folgt, und absehen von mit zunehmender Weltwirtschaftlich verknüpfte Mehrerzeugung des Anstos zu allen Kulturen, des Absatzes zu suchen sind. Ebenfalls kann bisher der Erniedrigung der Produktionskosten ein entscheidender Einfluß zuerkannt werden, obwohl der Gebrauch des in den letzten Jahren eingeführten Traktors und des Mähdeschers sich im Weinbau der Peripheriegebiete sehr ökonomisch gestaltet. Vielmehr ist die letzte Ursache für die nach wie vor unbefriedigende Preisbildung bei den Massenenergieprodukten dieselbe, welche im Jahre 1920 die internationale Agrarpreis auslöschte: nämlich die gestiegene Kaufkraft des industriellen Europa. Wie sehr dieses, als Ganzes gesehen, nach wie vor veranlaßt ist, zeigen die Preissteigerungen der Arbeitslosen gerade in den führenden Industrieländern wie England und Deutschland — anfangs 1928 in ganz Europa einschließlich der Angehörigen insgesamt 20 Millionen Köpfe — jetzt besonders in Deutschland, wo fast jeder in der Inflation ihres Vermögens beraubten Mittelklassen, zeigt endlich gegenüber der Vorkriegszeit die Erhöhung der Zinsen für Einkapital und der überall beflagte schwere Staedruft.

Von vornherein ist ja einleuchtend, daß, was das Damesabkommen brachte, der amerikanische Kredit keinen Einfluß haben konnte auf die schon genannten Hauptphasen der Entkräftung im industriellen Europa, die gegenseitige Abwertung der Kulturenländer und vor allem die mächtig erhöhten unproduktiven Ausgaben der öffentlichen Körperschaften.

Nach einer für 1925 vorliegenden genauen Berechnung sind die Militär- und Kriegsausgaben im entwerteten Deutschland, ausgedrückt in Vorkriegslohnkraft, jetzt um 1/2 Milliarden RM. (oder 40 v. H.) niedriger als vor dem Kriege, aber in der letzten Hälfte des Krieges, nämlich in Großbritannien und Frankreich, reichlich Belgien und Italien, um 1/2 Milliarden Mark (oder 1/2 v. H.) jährlich höher als vor dem Kriege. Um den gleichen Betrag sind die unproduktiven Steuern erhöht, die der volkswirtschaftliche Reinertrag der europäischen Siegerstaaten gemindert.

Zu den erhöhten Militär- und Kriegsausgaben kommen die Ausgaben für die im Kriege entstandene politische Aufregung Europas. Ihre Verzinsung und Tilgung mindert ihrem vollen Betrage nach die Kaufkraft der Schuldnerländer. Hätten sie nicht alljährlich 1255 Millionen RM. für ihre Kriegsschulden an die Ver-

einigten Staaten zu entrichten, so könnten sie rechnungsmäßig das Doppelte an Weizen und Weizenmehl oder an tierischen Erzeugnissen von dort beziehen und das Besondere höher bezahlen. Die europäischen Siegerländer haben die ihnen auferlegte Last — von Anfang an als kaum erträglich empfunden. 62 Jahre lang — so klagte Professor Keynes im Jahre 1925 — muß England an die Vereinigten Staaten eine Summe entrichten, die größer ist als der Reinertrag seiner Handelsflotte und seines Kohlenverkehrs zusammengekommen. Annehmen wir nun, daß die Sachlage infolgedessen völlig verändert, als die entgegengesetzten Erwartungen vollständige Eingang der deutschen Ertragsleistungen es den westeuropäischen Schuldnerländern gestattet hat, ihre Verpflichtungen aus der politischen Aufregung an Amerika reiflos auf Deutschland zu überwälzen. Nur während der kurzen, Deutschland bewilligten Schonzeit haben sie einen Teil der Last selbst getragen. Damit kommen wir zu dem Gegenstand, über den man jetzt in Paris verhandelt, und zu der wichtigsten Ursache, für die weit über die internationale Agrarpreis hinaus ungünstige Lage des größeren Teils der deutschen Landwirtschaft.

Unter Druck des überallig geschlossenen Vorkriegsstands hat man nach den Diktanden von Versailles 1919 und von London 1921 im Damesabkommen von 1924 Deutschland einen Tribut auferlegt, der doppelt so groß ist wie die Summe, welche 13 europäische Staaten zusammengekommen an die Nordamerikanische Union zu entrichten haben. Umgerechnet auf ein v. H. verzinsliches Kapital, macht der Gegenwärtswert der amerikanischen 15 Länder 24 1/2 Milliarden RM. aus, der Deutschland 12 Milliarden RM. verzinslichen Tribut aber 50 Milliarden. Befamlich ist Deutschland seiner Verpflichtungen reiflos nachgegeben. Aber keineswegs, wie ausländische Theoretiker und Finanzleute behaupten, in der Weise, daß die amerikanischen Kredite den Ertrag der deutschen Volkswirtschaft so wunderbar gesteigert hätten, daß sie daraus 1. den Tribut mit jetzt jährlich 2 1/2 Milliarden RM., 2. die schon auf eine Milliarde gestiegene Verzinsung der neu aufgenommenen privaten Auslandsschulden, außerdem 3. die für den Unterhalt der deutschen Lebenshaltung notwendigen Nahrungsmittelzufuhr zu bezahlen vermöchten. Wohl haben die ausländischen Industrienkonjunktur in Deutschland hervorgerufen können mit der Wirkung, daß die Zahl der monatlich unterfertigten Erwerbslosen im September 1927 ihren Tiefstand mit 450 000 Köpfen erreichte — jetzt sind es schon wieder mehr als 2 Millionen —, und das Realeinkommen der tatsächlich beschäftigten Industriearbeiter etwa auf den Vorkriegsstand angesetzt. In dieser Aufschwungsperiode sind auch den öffentlichen Kassen besonders reichliche Einnahmen zugeflossen. Aber nur in wenigen Monaten war die industrielle Produktion stark genug, um im Auslandsverkehr höhere Werte abzugeben, als die Industrie von dort auch Rohstoffen und Halbfabrikaten beziehen mußte. Fast ohne Deckung der industriellen Unterfertigung für die Nahrungsmittelzufuhr, die sich hauptsächlich infolge der Gebietsverluste gegen die Vorkriegszeit vermindert hat und die deutsche Handelsbilanz mit mehr als 2 Milliarden RM. jährlich passiv macht. Man hat die Tribute also einem Volke auferlegt, welches man zugleich durch Annullationen und Enteignungen außerhandelt hatte, nach sein Leben aus eigener Kraft zu fristen. Um die nötigen Nahrungsmittel und die Zinsen für die private Aufregung zu beschaffen, um außerdem den Tribut und in ihm die sämtlichen Kriegsschulden der Alliierten an die Amerikaner zu entrichten, muß Deutschland Schuld auf Schuld und Zins auf Zins häufen. Dies ist ein Zustand, der nur solange fortdauern kann, als sich Leute finden, die für solche wirtschaftlich unproduktiven Zwecke Geld hergeben. Die deutsche Wirtschaft befindet sich in der tiefsten Schenke. Denn die Industrie eines Landes kann auf die Dauer nicht gedeihen, wenn sie sich eines ergebnislosen Inlandsmarktes erfreut. Solcher steht eine fast entwertete Bodenproduktion in Bergbau und Landwirtschaft voraus. Aber das verklärte Deutschland erzeugt kaum noch andere mineralische Rohstoffe als Kohle und Kali, und die Hoffnung, es werde der Landwirtschaft gelingen, jene mächtige Steigerung der Bodenerträge herbeizuführen, welche die Massenversorgung der Nahrungsmittel überflüssig macht, bietet geringe Aussicht auf Erfüllung.

Denn die deutsche Landbevölkerung befindet sich in einer so schwierigen Lage, daß sie — weit entfernt, die Volkswirtschaft auf eine neue und feste Grundlage zu stellen — jetzt im Begriff ist, die Städte und Industriebezirke in den Bankrott der eigenen Not zu ziehen. So merkwürdig es klingt: obwohl die gesteigerte Kaufkraft der deutschen Industriebesitzer die Agrarpreise in der ganzen Welt hob, hat die deutsche Landwirtschaft davon den geringsten Nutzen gehabt. Ihre Preise sind ungünstig, nicht nur für Getreide und das andere Hauptprodukt des deutschen Orients, für Kartoffeln, sondern auch für Zuckerrüben, mit deren Ausfuhrüberschuß wir vor dem Kriege die gesamte Einfuhr an Brotgetreide bezahlen konnten. Die Zuckerpreise sind gedrückt durch die mit Hilfe amerikanischer Kapitalien gestärkte Konkurrenz des Rohzuckers. Was aber die Kartoffeln anlangt, von denen Deutschland mehr produziert als irgendein anderes Land, so ist es bisher noch nicht ge-

lungen, diesen großen Reichtum nach guten Ernten zweckmäßig zu vermehren. Die Herstellung hochwertiger Qualitätszeugnisse, besonders auch der Mollererindustrie, ist — zum Beispiel hinter England, Holland und Dänemark — seit dem Kriege sehr zurückgefallen. Technisch wäre es durchaus möglich, die Einfuhr solcher hochwertiger Produkte durch eigene Erzeugung rasch zu ersetzen. Aber diese und ähnliche andere Bestrebungen scheitern bisher an der Kapitalarmut unseres Landes. Und hier kommen wir zu dem Kern des Übels.

Die schlimme Lage der deutschen Landwirtschaft tritt in der Tatsache zutage, daß die durch die Inflation herbeigeführte, fast völlige Schuldentilgung in wenigen Jahren wieder rückgängig gemacht worden ist und der deutsche Grundbesitz vom Kettar jetzt um ein Drittel höhere Schulden aufzubringen hat als vor dem Kriege. In der Kleinbauernwirtschaft ist die Verschuldung im ganzen geringer, dafür die Lebenshaltung dort um so tiefer herabgedrückt. Nach meiner Überzeugung liegt die wichtigste Ursache für das rapide Anschwellen der landwirtschaftlichen Schulden in dem Druck der öffentlichen Abgaben, dem hohen Zinsfuß und dem Bestreben, mit Hilfe zu teuren Kredits intensiv zu wirtschaften. Aber hohe Steuern, soziale Abgaben und Zinsen flacht auch die Industrie des tributpflichtigen Landes, aber sie kann durch ihre Kartelle viel eher als die auf Millionen von Betrieben verstreute Landwirtschaft die Kosten aus dem Inlandsverbraucher im Preise abwälzen, auch sieht der Landwirtschaft nicht das technische Mittel zur Verfügung, mit dem die Industrie die hohe Zinsbelastung innerhalb des eigenen Produktionsprozesses unschädlich zu machen versteht: nämlich die Beschleunigung des Kapitalumschlags.

In einem dichtbesiedelten Lande mit schon hochgepannter Zinnschuld ist der Anbau von Getreide eine weitere Steigerung der Bodenfruchtbarkeit nur bei niedrigem Zinsfuß möglich. Die jetzt üblichen 10 bis 14 v. H. liegt in der Landwirtschaft kaum je herauszuwirtschaften. Gewiß spielt auch unvorsichtige Finanzwirtschaft und individuelles Verschulden hinein, aber im großen gesehen, ist die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft die Folge der deutschen Tributpflicht und der durch sie immer wieder erneuerten Kapitalarmut. Daraus folgt, daß die bisher zur Abhilfe der landwirtschaftlichen Schwie-

rigkeiten ergriffenen Maßnahmen — so notwendig sie gewesen sein mögen und in Zukunft sein werden — Schutz-, Deckungsmaßnahmen in der Abgabengestaltung, Umschuldungsaktionen, außerhande sind, das Übel mit der Wurzel auszureißen. Endgültig helfen kann hier nur die Befestigung der deutschen Tributpflicht. Das deutsche Volk würde dadurch in die Lage versetzt werden, bei verdoppeltem Fleiß und erhöhter Sparkraft seine wichtigsten wirtschaftlichen Bedürfnisse aus eigener Kraft zu befriedigen und so ein gesichertes, wenn auch bescheidenes Leben zu führen, ohne immer neue Schulden zu machen.

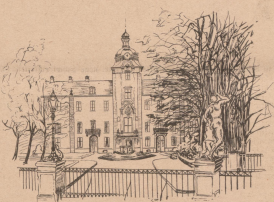
Aber nach den bestehenden Machtverhältnissen ist gar nicht daran zu denken, daß man die deutsche Tributpflicht beseitigt oder nur wesentlich erniedrigt, zum mindesten so lange nicht, als die Vereinigten Staaten es ablehnen, ihre Forderungen an die Alliierten, wie es von sehr angesehenen amerikanischen Volkswirten gefordert wird, zu streichen. Im Gegenteil sind unsere Gegner in Paris darauf aus, die deutschen Kesseln noch zu heizen, indem sie den Transferat zum Abbruch bringen, der — obwohl schon im Damespal selbst auf verschiedene Weise durchbrochen — die Möglichkeit gibt, daß bei mangelndem Ausfuhrüberschuß und allmählich verfallenden Auslandsanleihen die deutschen Zahlungen stark herabgesetzt werden. All solche Bestrebungen, mögen sie offen oder verdeckt sein, gilt es mit aller Schärfe abzuwehren. Dies liegt nicht bloß im deutschen, sondern im weltwirtschaftlichen Interesse. Der uns auferlegte Tribut ist auf die Dauer nicht anders beizutreiben als unter schlimmer Herabdrückung der deutschen Lebenshaltung. Was wir jetzt aus dem Lande beobachten, ist nur der Anfang eines Prozesses, der die ganze deutsche Volkswirtschaft, wenn die Tributpflicht bleibt, ergreifen muß. Die Verelendung des deutschen Volkes aber würde im Jahr 1923 wiederum in erster Linie die Bankwirte der ganzen gemäßigten Zone in Mitteleuropa ziehen und die jetzt 1924 zum Abfließen gefommene internationale Agrarkrisis mit aller Schärfe wieder auflieben lassen. Die deutsche Landwirtschaft scheint der schwache Punkt zu sein, von dem aus das ganze künstliche System der heutigen Weltwirtschaft mit seinen aufgewundenen Riesenflüssen und erpreßten Schuldverbindlichkeiten zusammenbrechen wird.

Schaumburg-Lippe.

Die deutsche Öffentlichkeit wurde kürzlich — ziemlich unvorbereitet für die Mehrzahl der Zeitungsleser — durch eine Meldung auf das „Problem“ Schaumburg-Lippe gestoßen, des Inhalts, daß Ausschuss und Plenum des Schaumburg-Lippischen Landtages eine Entscheidung angenommen hätten, bezugweise die Landesregierung zur Aufnahme der Verhandlungen mit Preußen ermächtigt sei. Hingezugelt wurde, daß nötigenfalls die Vermittlung

des Reichsministers des Innern in Anspruch genommen werden sollte — unter grundsätzlicher Anerkennung des Staatsnuzens, den Preußen in dem Schweben an die Landesregierung mitgeteilt habe“. Es wird somit auf zurrückliegende Dinge Bezug genommen, von denen man nicht annehmen kann, daß die breite politische Öffentlichkeit sie lädlos im Gedächtnis parat habe. Es erscheint bei der staatspolitisch gerade heute sehr interessanten Sachlage erforderlich, einmal einen Überblick über die Situation in Preußen-Lippe zu geben. Schaumburg-Lippe hat ein typisch niederdeutsch-westfälisches Gepräge, es ist ein Bauernland, in dem noch unter vielen anderen alten Sitten und Gebräuchen das Auerbentrecht, das altermanische Recht der Erbfolge nur des ältesten Sohnes auf dem Bauernhof unter Auszahlung der anderen, herrscht. — An Größe und Einwohnerzahl liegt es mit rund 46 000 Einwohnern etwas hinter dem kürzlich in Preußen aufgegebenen Waldeck. Sein Boden ist durchweg hochwertig und glänzend kultiviert, seine Landschaft, von der ein erheblicher Teil seiner Bevölkerung lebt, ist denkbar intensiviert und hochentwickelt. Außerdem, Diebstahl, deren Abgabengebiete in Hannover-Stadt und Minden liegen, die Fischerei des Steinkuhder Meeres — des großen, landschaftlich schönen Binnensees — Obhacht und Bienerjächerei ernähren ihre

Leute gut. Der andere Teil der fleißigen Bevölkerung arbeitet im Steinkohlenbergbau, z. B. in dem großen Georgsacht bei Stadthagen; es ist wenig bekannt, daß sich ziemlich unter dem gesamten Lande Kippe Steinkohlensätze in bedeutender Mächtigkeit hinburchziehen. Wieder andere Lipper sind im „Ausland“, in der Heringfischerei von Emden, Geestemünde usw. tätig. Ein eigenen Institutionen für die Bevölkerung untersteht das Land ein Landgericht und zwei an das preussische Oberlandesgericht Celle angegliederte Amtsgerichte sowie zwei Landratsämter. Den größten Teil der Institutionen aber — und all das eben bringt schon seit langem auf völlige Verschmelzung hin — stellt Preußen: Landesversicherungsanstalt, Oberversicherungsamt, Landesfinanzamt, Eichungsamt, Provinzialschulkollegium usw. Die lippschen Referendare werden ganz selbstverständlich in Preußen geprüft. Die gesamten übrigen „Gemeinschaftsbeziehungen“ zwischen Kippe und Preußen sind ebenfalls so zahlreich und eng, daß ein Zusammenschluß beider Länder überhaupt nur noch als letzte Konsequenz einer geralligten Entwicklung angesehen werden kann. Sie liegen auf dem Gebiete des Steinkohlenbergbaus — vom Bergwerk Oberkirchen besitzt Preußen vier Sechstel und Kippe zwei Fünftel der Anteile —, der Schichtungs- und Schichtungs- und der Arbeitsgerichte, der Industrie- und Handelskammer Minden, des Landesamtes für Arbeitsvermittlung in Hannover, der Bergpolizei, der Gerichtsbarkeit und des Straßpolizes, der Gefängnisverwaltung, des Tierarzneiwesens, der Ärzte- und Apothekerkammer und der höheren Schulaufsicht und zeigen als politisches Schulbeispiel klar,



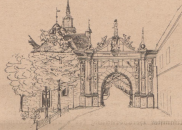
Schloß Bückeburg

Bergwerk Oberkirchen besitzt Preußen vier Sechstel und Kippe zwei Fünftel der Anteile —, der Schichtungs- und Schichtungs- und der Arbeitsgerichte, der Industrie- und Handelskammer Minden, des Landesamtes für Arbeitsvermittlung in Hannover, der Bergpolizei, der Gerichtsbarkeit und des Straßpolizes, der Gefängnisverwaltung, des Tierarzneiwesens, der Ärzte- und Apothekerkammer und der höheren Schulaufsicht und zeigen als politisches Schulbeispiel klar,

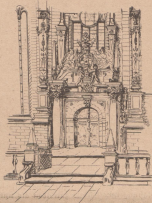
daß Kippe ohne Benutzung all dieser preussischen Institutionen gar nicht ins Lande wäre, ein einspatulantes Dasein zu führen.

Die Anschlußverhandlungen geben auf das Jahr 1921 zurück, sie find aber verschiedentlich auf längere Zeit unterbrochen worden; jetzt aber scheint es so, als ob Kippe, das auf eine lange selbständige Geschichte zurückblicken kann — bis 1640 hatte es zum westfälischen Kreis gehört — nun endgültig zum Anschluß an Preußen bereit sei. 1922 hatte bereits auf Betreiben der stark anschlusssfreundlichen

Personalansgaben, des Berufs- und höheren Schulwesens sowie der Gemeindefinanzen waren erschöpfend behandelt und führten mit zwingender Logik zu dem Schluß, daß der Anschluß an Preußen jeder anderen Lösung vorzuziehen sei, die nur auf Kosten der Steuerkraft des Landes oder auf Kosten seiner Vermögenssubstanz vorgenommen werden könnte. Die Abstimmung wies trotz aller vorangegangenen Kämpfe aber nur eine ziemlich schwache Beteiligung auf und erbrachte eine Majorität von etwa 1000 Stimmen für die Anschlußgegner. Ein Teil der Regierungsmittelglieder legte entsprechend seiner politischen Einstellung gar Anschlußfrage nach der Abstimmung sein Amt nieder.



Wäddeburg, alter Torbogen zum Schloß



Wäddeburg, Portal der Schloßstraße



Wäddeburgerinnen

Sozialdemokratischen Partei in Kippe der Landtagsauskunft einen Plan aufgestellt, dem aber kein Erfolg beschieden war. — Erst 1924 schien es dann wieder, als ob aus finanziellen und anderen Gründen der Anschluß neu betrieben würde — Preußen hielt sich gemäß seiner gesamten Politik gegenüber den kleinen Ländern stark zurück —, aber eine Art Einheitsfront der bürgerlichen Parteien unter Führung des Landbundes rief eine Bewegung zur Erhaltung der Selbständigkeit des Landes hervor, die zum mindesten verlangte, daß der

Bis Ende 1928 trat nun wieder eine Pause ein. Nichts rüdte und rüdte sich in der Anschlußfrage. Es ist das Verdienst des Reichsinnenministers Severing, durch ein kluges Schreiben an die lippsche Staatsregierung das Eis des Schweigens gebrochen zu haben. Es bot seine guten Dienste als Vermittler an und stieg nicht auf Ablehnung, um so mehr, als die Sozialdemokratie, die seit April 1928 die Mehrheit im lippschen Landtag besaß, noch wie vor für den Anschluß plädierte und als sich auch die Landesfinanzen verschlechtert haben. Nun aber boten die



Emden, Schloß



Volkstracht von Schaumburg-Lippe



Straße in Emden

Landtag nicht befugt sein dürfte, ohne Volksabstimmung den Übergang Kippes an Preußen zu beschließen. Immerhin hatten ein Volksbegehren und Volksentscheid auf Auflösung des Landes keinen Erfolg. 1926 schließlich beschloß der Landtag als gangbarer Ausweg die Volksabstimmung. Die schaumburg-lippische Landesregierung selbst hatte eine ausgezeichnete, streng sachliche Denkschrift als Material für die Abstimmung herausgegeben, die in die Worte auslief:

„Ihrer schweren Verantwortung bewußt, dem Lande Ziel und Richtung für die Zukunft zu geben, hat sich die Landesregierung nach sorgfältiger Prüfung und Erwägung aller für die Beurteilung dieser Schicksalsfrage maßgebenden Umstände und Möglichkeiten zu der Überzeugung durchgerungen, daß der Anschluß an Preußen die wirtschaftliche und kulturelle Weiterentwicklung des Landes am besten zu sichern geeignet scheint. Die Landesregierung hat deshalb beschloffen, der Bevölkerung zu empfehlen, bei der Abstimmung für den Anschluß zu stimmen.“

Staatsfinanzielle Gesichtspunkte, die Fragen der Erhaltung des gerade für Kippe, das im Mittelpunkt des Verkehrs liegt, besonders fochtpieligen Straßen-

Bedingungen, die man sich neuerdings in Kippe errechnet hatte, neue Schwierigkeiten. Das gesamte Domänium, d. h. der Staatsbesitz an Domänen und Forsten, der dem Land nach der Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Fürstentum verblieben war, sollte dem künftigen preussischen Kreise Kippe verbleiben; die ursprünglich vorgesehene Beteiligung Preußens am Domänium sollte nunmehr nicht stattfinden. Hier fehlte nun der Krönung in der Presse zitierte Brief ein, den der preussische Ministerpräsident geschrieben haben soll und der ein Kernstück der Meldung bildete, von der wir im Anfang dieser Zeilen ausgingen. In einem Schreiben an den Reichsminister des Innern machte der preussische Ministerpräsident geltend, daß Preußen aus grundsätzlichen Erwägungen einem Lande, das sich Preußen anschließen will, und dessen Staatsbesitz, auf den Kopf seiner Bevölkerung berechnet, geringer ist als der Staatsbesitz, der ideell jedem preussischen Staatsbürger am preussischen Staatsbesitz zuteil, in seiner Form einen Teil seines Staatsbesitzes als Kommunalvermögen zu überlassen vermöge. Es würde das eine ungerechtfertigte Bereicherung dieser Staatsbürger bedeuten, da sie wie jeder andere Preuß ein Anteil am allgemeinen preussischen Staatsbesitz hätten. Außerdem kann aber



Hafen am Emdener Meer

natürlich auch Preußen, das eben mit Waldeck einen Vertrag abgeschlossen hat, demzufolge ein größerer Teil des waldeckischen Domaniens an Preußen überging, nur nicht mit Lippe eine Abmachung treffen, die Lippe finanziell wesentlich günstiger als die Waldecker stellen würde.

Wenn die — nirgendes bestrittene — einmütige Forderung geltendgemacht wird, hat man jetzt in Schaumburg-Lippe die Berechtigung der durch den Reichsmittler des Innern übermittelten Einwendungen anerkannt und will nun auf einer Basis unterhandeln, die den preussischen Forderungen Rechnung trägt. Damit dürfen wohl die hauptsächlichsten Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt sein, und, wenn nicht alles trägt, kann die acht Jahre alte wechselreiche Geschichte der preussisch-lippischen Anschließungsverhandlungen in absehbarer Zeit mit dem Erfolg einer endgültigen Einigung gekrönt sein.

Der demokratische Gedanke in unserer Reichsverfassung.

Von Georg Brühmann, Kl. I. Nordhschule, Marburg a. d. L., geb. 31. Januar 1915.

Nachfolgend veröffentlichen wir die Arbeit eines Schülers der obersten Klassenstufe (8. Schuljahr) der Nordhschule in Marburg a. d. L. Die Arbeit ist von dem Klassenrat des Schülers zugestimmt worden, in dem Schuljahr des letzten Schuljahres hat er sich, während er sich in der Schule befindet, die Hauptaufgabe gemacht, die Geschichte der Reichsverfassung zu untersuchen, wobei er die in der Schule und in der Familie erhaltenen Kenntnisse über die Geschichte der Reichsverfassung in der Bearbeitung der Arbeit verwendet hat. Die Arbeit ist in der Schule und in der Familie veröffentlicht worden. Die Themen lauten: 1. Der demokratische Gedanke in unserer Reichsverfassung. 2. Der soziale Gedanke in der Reichsverfassung. 3. Der Einheitsgedanke in der Reichsverfassung. Die Schüler haben hier nur die Schulentlassung und sind 13-14-jährig. Die Arbeit ist der Klasse zum ersten Male vorgelesen worden. Sie ist in Marburg, in welchem im ganzen Reich die Geschichte der Reichsverfassung, in welchem im weltlichen Ausmaß als Unterricht für den Staatsbürgerlichen Unterricht benutzt.

Das Deutsche Reich ist eine Republik. Das Wort Republik kommt vom lateinischen res publica her. Das heißt: öffentliche Sache. Also heißt Republik: Sache des Volkes, Sache der Allgemeinheit, Sache aller, Staat des Volkes.

Die Verfassung unserer Republik beruht auf dem Gedanken der Demokratie. Demokratie ist von den beiden griechischen Wörtern demos, d. h. Volk, und kratien, d. h. herrschen, abgeleitet. Demokratische Republik heißt also: Es wird nur der Wille des Volkes als staatliche Gewalt anerkannt. Die demokratische Republik überträgt dem einzelnen Glied dieses Volkes das höchste Recht, das es in einem Staat geben kann, das Recht, am Mitbestimmen, am Mitentscheiden. Das legt jedem Staatsbürger die Pflicht auf, daß er sich für das Wohl, für die Entwicklung und für die Sicherheit des Staates persönlich verantwortlich fühlt; denn es ist ja sein Staat.

In fast jedem Artikel der Verfassung tritt uns der demokratische Gedanke entgegen. Schon der Vorwurf sagt: Das Deutsche Volk hat sich die Verfassung selbst gegeben. Sie ist also nach seinem Willen und nach seinen Wünschen gemacht. Der erste Artikel legt ausdrücklich fest, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Das Volk regiert sich selbst. Das geschieht hauptsächlich durch den Reichstag. Der Reichstag ist die Vertretung des ganzen Volkes (Art. 20); er ist gewissermaßen das Volk im Kleinen. Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und allgemeiner Wahl von den über 20 Jahre alten Männern und Frauen gewählt (Art. 22). Eine Stimme gilt soviel wie die andere. Es gibt keinen Unterschied zwischen arm und reich, zwischen vornehm und gering. Der Reichstag verordnet öffentlich (Art. 23). Es kann also jeder deutsche Staatsbürger den Reichstag besuchen. Kein Mitglied des Reichstages darf während seiner Tätigkeit als Abgeordneter gerichtlich verfolgt werden, wenn der Reichstag es nicht zugibt (Art. 37). Die Abgeordneten sollen also freiheit haben, das Volk im Reichstage immer vertreten zu können.

Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt (Art. 41). Jeder wird also gefragt, welchen Präsidenten er haben will. Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch Reichsgesetz (Art. 48), d. h. nur der Reichstag, also das Volk selbst, kann Krieg erklären und Frieden schließen, nicht ein einzelner oder wenige. Auch Bündnisse und Verträge mit fremden Staaten bedürfen der Zustimmung des Reichstages. Geheimverträge zwischen ein paar Leuten kann es also nicht geben. Der Reichskanzler und die Reichsmittler bedürfen, wie Art. 54 sagt, des Vertrauens des Reichstages. Wenn er ihnen kein Vertrauen entgegen, so müssen sie zurücktreten. Die Regierung muß also das tun, was die Mehrheit des Reichstages, also die Mehrheit des Volkes, will. Gesteht kein Reichstag dagegen. Die höchste gesetzgebende Gewalt liegt aber beim Volke selbst. Im Volkenscheid wird jeder einzelne Staatsbürger direkt um seine Meinung über einen Gesetzesentwurf gefragt (Art. 75).

In den allerersten Tagen hat es den Anschein gehabt, als ob die Vermögensverwaltung des ehemals regierenden fürstlich-lippischen Hauses, die sog. Hofkammer, sich in die bevorstehenden Anschließungsverhandlungen einmischen und in der gleichen Frage des Verbleibs des Domaniens, in der man auf Seiten der lippischen Staatsregierung den preussischen Vorschlägen anscheinend entgegenkommen wird, Einspruch erheben oder doch Bedenken äußern will. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß hierdurch grundlegende neue Schwierigkeiten entstehen können, denn die Anschließungsverhandlungen des ehemals regierenden Hauses, dessen Auslieferung mit dem Staate nach unseren vorangegangenen Verträgen längst abgeschlossen ist, zur Geltendmachung eines Einspruchs gegenüber den lippischen Verhandlungen mit Preußen dürfte wohl nur äußerst schwer zu konstatieren sein.

Die demokratischen Geist hat der zweite Hauptteil unserer Verfassung, der von den Grundrechten und Grundpflichten der Deutschen handelt. Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich (Art. 109). Es gilt einer, was der andere gilt. Öffentliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt gibt es nicht. Absehbildungen gelten nur als ein Teil des Namens und dürfen nicht verliehen werden. Frauen haben dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten wie die Männer. Art. 111 gibt jedem Staatsbürger das Recht, sich in dem Orte aufzuhalten und niederzulassen, wo er will. Die Freiheit der einzelnen Person ist nach Art. 114 unerschütterlich. Es darf also niemand die Freiheit entzogen werden, wenn es nicht auf Grund von Gesetzen geschieht. Keiner, die jemandem die Freiheit rauben, werden bestraft. Art. 118 gibt jedem Deutschen das Recht, sich in Wort, Schrift oder Druck frei zu äußern. Es kann also jeder seine Meinung in der Zeitung usw. niederschreiben oder Ansprachen halten, er darf nur niemand beleidigen. Der Art. 121 gibt den unehelichen Kindern dasselbe Recht, das die ehelichen Kinder haben. Es muß für die geistige, körperliche und gesellschaftliche Entwicklung aller Kinder gesorgt werden. Alle Deutschen haben das Recht, sich friedlich und unbewaffnet zu versammeln. Dieses Recht gibt ihnen Art. 123. Sie können Vereine oder Gesellschaften bilden. Nach Art. 126 hat jeder die Möglichkeit, sich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständige Behörde oder an einen Richter zu wenden. Großer Zorn gibt Art. 128: Jeder Staatsbürger ist nach Maßgabe der Rechte, die er aus seiner Befähigung und Leistung, zu öffentlichen Ämtern zu gelangen. Es wird also nicht gefragt: Bist du ein Graf, ein Baron oder ein Schuler, sondern: Was kannst du? Es kann also jeder Deutsche Reichstagsabgeordneter, Landrat, Minister, ja Reichspräsident werden. Man sieht es an unserem jetzigen Reichskanzler. Er hat nicht studiert, sondern ist nur durch seine Befähigung und Leistung zu seinem hohen Amte gekommen. Jeder kann auch die Religion haben, die er will. Es herrscht Freiheit für alle Bekenntnisse (Art. 132 bis 141). Art. 133 verlangt von jedermann, ohne Unterschied des Standes usw., daß er Dienste für den Staat oder die Gemeinde leistet, wenn es notwendig ist. Alle Staatsbürger müssen in Verhältnis ihrer Mitteln zu Art. 134 leisten, zu den öffentlichen Kosten beitragen. Jeder Staatsbürger muß also nach seinem Einkommen und nach seinem Vermögen Steuern bezahlen. Nur wer wenig Geld hat, wer nicht zahlen kann, ist davon befreit. Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage sind als Tage der Arbeitsruhe durch Art. 139 geschützt. Nach Art. 145 besteht allgemeine Schulpflicht. Alle Kinder müssen vier Jahre lang zusammen in die Grundschule gehen. Vorhergehen gibt es nicht mehr. Beim Eintritt in eine höhere Schule oder in die Universität soll nur die Begabung des Schülers, nicht das Geld oder die Stellung oder die Religion des Vaters maßgebend sein (Art. 146).

Auch im Wirtschaftsleben soll die Demokratie herrschen. Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundfahnen der Gerechtigkeit entsprechen. Wucher ist verboten. Jeder soll ein menschenwürdiges Dasein führen können (Art. 151). Art. 152 bestimmt, daß Entgeltnungen von Besitzstücken zum Wohle der Allgemeinheit vorgenommen werden können. Die Arbeitskraft steht unter dem Schutz des Staates (Art. 157). Das Reich schafft ein Arbeitsrecht. Art. 161 verlangt ein umfassendes Versicherungswesen zum Schutze des Alters, zur Erhaltung der Gesundheit und der Arbeitsfähigkeit. Es gibt deshalb Krankenkassen, Altersheimen usw. zum Wohle der Allgemeinheit. Jedem Deutschen wird die Möglichkeit gegeben, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben (Art. 163). Art. 165 schützt die Arbeiter vor Ausbeutung. Die Arbeiter Angehörigen sind dazu berufen, in Gemeinschaft mit den Arbeitgebern bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzuwirken (Art. 165). Jeder Betrieb hat deshalb einen Betriebsarbeitsrat. Von vielen Betrieben zusammen

werden die Belegschaftsräte und für das ganze Reich wird ein Reichsarbeitsrat gebildet. Treten Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf, z. B. über die Löhne, so wird zwischen Arbeitgeber und Arbeiter rat verhandelt. Kommt keine Einigung zustande, so wird der Schlichter angerufen. Dieser sieht sich den Betrieb an, d. h. er blickt in die Bücher des Arbeitgebers und prüft nach, ob der Betrieb eine Lohnsteigerung verlangen kann oder nicht. Dann prüft er die Verhältnisse der Arbeiter. Er forscht nach, ob sie vom bisherigen Lohn leben können oder nicht. Dem Urteil, das der Schlichter fällt, müssen sich beide Parteien fügen. Wir haben es beim großen Streite im Ruhrgebiet erlebt im

Herbst 1928. Es geht also auch hier nach den Rücksichten auf alle. Nicht die Interessen einzelner Leute werden allein beachtet, sondern es werden alle gefragt, und Rücksicht auf alle wird genommen.

Der einzelne gilt also im demokratischen Staate nicht, die Gesamtheit alles. Wir dürfen deshalb niemals unsere eigenen Nachteile suchen, sondern immer und überall der Gesamtheit dienen. Jeder muß sich mit dem Schicksal seines Volkes verbanden fühlen. Das will unsere demokratische Rechtsverfassung. Auf diese Gedanken ist sie aufgebaut. Sie gibt große Rechte, sie verlangt aber dafür auch von jedem Staatsbürger eine große und freundliche Pflichterfüllung.

Zur Zeitgeschichte

Fürst Bülow achtzig Jahre.

Fürst Bernhard von Bülow gehört zu den markantesten Gestalten aus dem Zeitalter Wilhelms II. Seine Rolle reicht über den Aufgabenkreis der Politik hinaus, er wurde das geistige Spiegelbild einer Epoche, die zwar bestig umstritten bleibt, aber zweifellos durch viele großartige Taten ein blendendes Format erhielt. Um die Jahrhundertwende tritt Deutschland in erweiterte Dimensionen der Weltpolitik, die über die alten europäischen Horizonte hinausdrängt und dem britischen Imperialismus die Spitze bieten will. Der wirtschaftliche und kulturelle Aufschwung des Reiches sucht sich neue Machtformen zu schaffen, das preussische System wird zu eng. Bülow wird der glänzende Mittelpunkt dieser Ära; die Vielschichtigkeit seiner Begabung findet weite Betätigungsfelder.



Fürst Bernh. v. Bülow

Transcend G. m. A. H.

Er kommt von der Diplomatie des 19. Jahrhunderts mit ihren kontinentalen Überlieferungen, aber bald bemüht er sich, die alten Vorstellungen der Militärmoralen modern umzugestalten. Wenn seinem Wirken der Dauererfolg versagt blieb, so liegt das nicht an ihm, sondern an der Unfertigkeit der öffentlichen Einrichtungen im Reich. Er wollte das erstarrte Bürgertum im liberalen Sinne an der Verantwortung beteiligen, aber das in der Verfassung verankerte persönliche Regiment des kaiserlichen Oberhauptes

erschwerte diese Entwicklung. Auch in Bülows Staatsmännischen Werken finden wir Kausalrichtungen, die nicht der Sicherung unserer Lage dienen. Er wollte die „Politik der freien Hand“ weiterverfolgen und uns in keinerlei Abhängigkeit von England bringen. Heute ist es leicht, diese Taktik für falsch zu erklären, damals ließ sich aber die endgültige Machtgruppierung durchaus nicht so überlegen wie nach Ausbruch des Weltkrieges. Weit über Deutschland hinaus bewoß er größte Popularität, seine kluge Lebensweisheit und sein vorurteilsloser Geist brachten ihm viele Sympathien ein. Zum Jahre lang führte er das Kanzleramt, wegen der parteipolitischen Schwierigkeiten bei der Reichsfinanzreform trat er zurück, die Konservativen wandten sich gegen ihn. Aber auch als Privatmann blieb er einflußreich, das Urteil dieses vornehmen, weltkundigen Grandseigneurs galt immer sehr viel. Nach Bethmanns Verabschiedung 1917 wurde er wieder als Kanzlerkandidat genannt. Seine internationalen Beziehungen, besonders zu Italien, stellte er noch wiederholt in den Dienst der deutschen Sache. Allerdings konnte auch er nicht den Beitritt Italiens zur Entente verhindern. Seine Gattin, eine römische Prinzessin, erwarb sich durch ihren menschlichen Takt und ihr kühnsterisches Mäzenatentum zahlreiche Verehrer und Bewunderer. Als sie ihm vor einiger Zeit entziffen wurde, war die Trauer um die edle Frau in Deutschland allgemein. Er selber darf als lüftiger

Greis jetzt das gesegnete Alter von achtzig Jahren erleben. Man möchte hoffen, daß er entgegen seiner einst mitgeteilten Absicht, „Erinnerungen“ schreibt. S. u. l. g. - P. a. l. e. z. e. r.

Französische Seerüstungen.

Kürzlich veröffentlichte die offizielle französische Navas-Agentur eine Meldung, die in Deutschland ziemlich unbeachtet geblieben ist, aber doch unsere Aufmerksamkeit verdient. Die Meldung besagte, daß im Laufe des Monats April auf den verschiedenen französischen Werften hundert Kriegsschiffe mit einer Gesamtverdrängung von über 31 000 Tonnage zum Stapel laufen werden, und zwar ein Minienterzer von 1500 Tonnage, vier Unterboote von je 1300 Tonnage, ein Flugzeugmuttergeschiff von 10 000 Tonnage und ein Kreuzer von ebenfalls 10 000 Tonnage. Wenn man bedenkt, wieviel im Ausland von dem neuen deutschen 10 000-Tonnage-Kreuzer geordert und geschieden worden ist, der in Deutschland gegenwärtig gebaut wird, ist es doch anzugehen, auf die Marinierüstungen Frankreichs einmal hinzuweisen. Wie gewaltig die französischen Kanalisierungen und wie riesig Frankreichs Küsterrüstung ist, ist ja einleuchtend bekannt, aber die französischen Seerüstungen vollziehen sich in größter Stille. Als vor einiger Zeit für Neubauten der französischen Marine in der Kammer einhundert eine Milliarde francs bewilligt wurde, wurde diese Tatsache in der ganzen französischen Presse, offenbar absichtlich, wenn überhaupt, so an ganz verkehrter Stelle gemeldet, und die Taktik, von den Seerüstungen möglichst wenig zu sagen, wird schon seit langem geübt.

Franreich ist bald nach dem Kriege daran gegangen, seine Flotte von Grund aus zu erneuern, und im Jahre 1922 wurde ein großes Flottenbauprogramm Gesetz, dessen Durchführung seitdem mit aller Energie betrieben worden ist. Auf Grund dieses Programms hat Frankreich von 1922 bis 1928, also in sechs Jahren, Kreuzer von zusammen 85 000 Tonnage, Torpedobootzerstörer mit einer Gesamtverdrängung von 37 000 Tonnage, mit einer solchen von 36 000 Tonnage und Unterboote mit einer Gesamtverdrängung von 56 000 Tonnage gebaut. Die Gesamtkosten für diese Bauten betragen rund 6 Milliarden francs oder 1 Milliarde Goldmark. Bis Ende letzten Jahres verfügte Frankreich dadurch über letzte Seestreitkräfte von zusammen 240 000 Tonnage, wozu Kreuzer mit einer Gesamtverdrängung von 103 000 Tonnage und Torpedobootzerstörer von zusammen 137 000 Tonnage. An Unterbooten besaß es eine Gesamtverdrängung von 94 000 Tonnage. Frankreich besaß damit nach den Vereinigten Staaten die weitaus größte Zahl von Unterbooten überhaupt, nämlich 93 gegen 72 englische, 71 japanische, 66 italienische und 123 der Vereinigten Staaten und stand mit der Gesamtverdrängung seiner Unterboote von 93 000 Tonnage an erster Stelle in der Welt. Frankreich hat sein ganzes Marinebauprogramm auf die mögliche Stärkung und Entwicklung der sogenannten leichten Seestreitkräfte eingeleitet und hebt heute damit in Europa nach England an zweiter Stelle. Es ist also nicht nur die weitaus stärkste Militärmacht Europas in puncto Kanalisierung, die übrigens bekanntlich durch Militärbündnisse mit Belgien, Polen, Tschechoslowakei und Jugoslawien verstärkt wird, sondern es ist außerdem die zweitstärkste Seemacht Europas. Man muß diese Dinge sehr klar vor Augen halten, um das richtige Verhältnis für Frankreichs unaufhörlich erhöhten Auf nach „Sicherheit“ zu gewinnen, der bei den Völkerverbündnissen über die Abklärung eine so große Rolle spielt. Frankreich hat das Höchstmaß von militärischer Sicherheit erreicht, das überhaupt denkbar ist, besonders auch deswegen, weil Deutschland völlig entziffen ist und als militärischer Faktor vergebens gar nicht in Frage kommt.

Die Angestelltenversicherung im Jahre 1928.

Im Jahre 1928 sind im Angestelltenversicherungsgesetz einige Änderungen vorgenommen worden — Heraushebung der Gehaltsgrößen, Aufhebung einiger Beitragsklassen, Erhöhung der Beitragsätze für die freiwillige Weiterversicherung —, die sich außerordentlich günstig auf die Finanzlage der Reichsversicherungsmasskraft

für Angestellte ausgewirkt haben. Wie aus dem Jahresbericht des Direktoriums hervorgeht, fliegen die Einnahmen aus Beiträgen (von rd. 280 Mill. RM. im Jahre 1927) auf rd. 317,7 Mill. RM., zusätzlich Vermögenszinsen usw. auf insgesamt fast 406,5 Mill. RM. (gegen rd. 340,6 Mill. RM.).

Dem Handen Ausgaben von rd. 138,2 Mill. RM. (gegen rd. 141 Mill. RM. im Vorjahre, in denen aber eine einmalige Zahlung von 55 Mill. RM. an die Invalidenversicherung enthalten war) gegenüber, von denen rd. 65 Mill. RM. auf Ruhegehälter, rd. 35 Mill. RM. auf Hinterbliebenenrenten, rd. 3 Mill. RM. auf sonstige, zusammen also rd. 101 Mill. RM. (gegen rd. 79,4 Millionen RM. im Vorjahre) auf Rentenleistungen entfielen, ferner rd. 18,9 Mill. RM. (gegen rd. 17,1 Mill. RM.) auf Heilfürsorge, rd. 11,5 Mill. RM. (gegen rd. 9,6 Mill. RM.) auf Verwaltungskosten.

Somit konnten Rücklagen in Höhe von rd. 268,5 Mill. RM. (gegen rd. 199,6 Mill. RM. im Vorjahre) gemacht und das Vermögen (von rd. 732,6 Mill. RM.) auf etwas mehr als eine Milliarde gesteigert werden.

Wie sich schon aus dem Überblick über die Ausgaben für die Rentenleistungen ergibt, sind diese im Berichtsjahre wiederum gestiegen, wenn die Vermehrung der Ausgaben auch zu einem Teil auf eine Verbesserung der Leistungen zurückzuführen ist. Die Zahl der neu bewilligten Ruhegehälter belief sich auf 17 568 (gegen 16 221 im Vorjahre), so daß unter Berücksichtigung der Abgänge, am Schlusse des Jahres 74 796 Ruhegehälter (gegen 62 502) liefen — davon nur 20 702 weiblicher Versichelter —, die einen monatlichen Aufwand von rd. 5,8 Mill. RM. erfordern. Von Interesse ist eine diesmal vom Direktorium gegebene Übersicht über die Höhe der einzelnen Ruhegehälter: Der Durchschnitt betrug am 31. März, vor dem am 1. April in Kraft getretenen Leistungsverbesserungen, monatlich 62,82 RM., am 1. Dezember dagegen 62,60 RM. Eine nach Geschlechtern getrennte Aufstellung ergibt, daß von den männlichen Versicherten 59,4 v. H. ein Ruhegehalt unter 30 RM. erhielten, 60,6 v. H. darüber, davon 16,1 v. H. 100 RM. und mehr. Bei den weiblichen Ruhegehaltsempfängern waren dagegen die entsprechenden Anteile 83,8 v. H., 16,2 v. H. und nur 1,1 v. H.

Die Zahl der Hinterbliebenenrenten war am Schlusse des Berichtsjahres (von 67 531 am Schlusse von 1927) auf 77 627 gestiegen, die einen monatlichen Aufwand von rd. 3 Mill. RM. erfordern.

Von weiblichen Versicherten, die wegen Verheiratung aus der Versicherung ausschieden, haben 23 080 Antrag auf Zeitzugserhaltung gestellt. Die Rückzahlungssumme belief sich auf rd. 3,2 Mill. RM.

Die Heilfürsorge ist wieder außerordentlich stark in Anspruch genommen worden. Insgesamt gingen 65 596 Anträge auf ein längeres Heilverfahren ein. Bewilligt wurden 36 716 Heilverfahren (gegen 34 574 im Vorjahre), die in sieben eigenen Heimen und in mehr als 100 der Reichsversicherungsanstalt zur Verfügung stehenden Bädern, Sanatorien und Kurgemeinschaften durchgeführt wurden. Die Bewilligungen machten 59,5 v. H. aller im Berichtsjahre erlebten Anträge aus; das ist eine kleine Verbesserung gegenüber dem Vorjahre (mit 58 v. H.). Von den Anträgen auf Aufschuß zum Jahresarbeitsort oder sogenannter höheren Heilmitteln (nichtplandmäßige Heilverfahren) wurden 39 111 bewilligt (gegen 31 977 im Vorjahre), das sind 92 v. H. aller erlebten Anträge.

Die Reichsversicherungsanstalt gewährte außerdem Zuschüsse in durchschnittlicher Höhe von je 110 RM. für 3894 Heilverfahren, die für Kinder von Versicherten, von Ruhegehaltsempfängern und solche, die Waisenkinder aus der Angestelltenversicherung beziehen, von Kommunen oder Wohlfahrtsorganisationen durchgeführt wurden.

Die Zahl der Versicherten wurde am Schlusse des Jahres auf 5,31 Millionen geschätzt. Am 1. Januar 1928 entfielen 59,43 v. H. auf männliche, 40,57 v. H. auf weibliche Versicherte.

Gertrud Israel.

Der Entwurf des Bergarbeitsgesetzes.

Dem Reichsrat und dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat ist Anfang März der bei der Vorlage des Entwurfs eines Bergarbeitsgesetzes angekündigte und ihn ergänzende Entwurf eines Bergarbeitsgesetzes zugegangen. Der Entwurf will eine reichsrechtliche Regelung des Bergarbeitsrechts schaffen, belßt aber den Kändern mit Rücksicht auf die in den einzelnen Bergbaubereichen recht verschieden gelagerten Verhältnisse wichtige Befugnisse. Eine solche Regelung entspricht der verfassungsmäßigen Verteilung der Aufgaben zwischen Reich und Kändern.

Wie in der Begründung des Entwurfs ausgeführt wird, wäre es nicht zweckmäßig gewesen, den besonderen Bergarbeitsgesetz zusammen mit dem allgemeinen Arbeitsschutz in ein und demselben Gesetzwerk zu behandeln. Das allgemeine Arbeitsschutzgesetz müßte sich im Interesse der Übersichtlichkeit darauf beschränken, den Schutz derjenigen Arbeitnehmer zu regeln, deren Arbeitsverhältnisse im wesentlichen gleichartig sind. Dazu gehört grundsätzlich die Bergarbeit über Tage. Für die Eigenart der Bergbauarbeit unter Tage sind jedoch Sondervorschriften notwendig, die den besonderen Arbeitsbedingungen und der erhöhten Unfallgefahr der bergmännischen Arbeit Rechnung tragen. Diese Vorschriften enthält der vorliegende Entwurf, beschränkt sich aber nicht auf die im Arbeitsschutzgesetz geregelten Materien, sondern umfaßt darüber hinaus auch eine Reihe anderer Vorschriften aus den Gebieten der Arbeitsverfassung und des Arbeitsvertrages, da hier die bisherigen Bestimmungen bringend der Bergarbeit befriedigend. Die rein wirtschaftlich-rechtlichen Fragen wie z. B. des Bergwerkseigentums usw. bleiben durch den Entwurf unberührt und der Landesgesetzgebung überlassen.

Der Gesetzentwurf gliedert sich in fünf Abschnitte.

Im ersten Abschnitt ist u. a. der Geltungsbereich des Gesetzes geregelt, dessen Vorschriften für alle Betriebe gelten sollen, die nach Landesrecht als Bergbaubetriebe anzusehen oder diesen in arbeitsrechtlicher Hinsicht gleichgestellt sind. Für die Arbeitsverhältnisse der kaufmännischen Angestellten und Büroangestellten sowie der in der Ausbildung zu diesen Berufen befindlichen gelten die Vorschriften des Bergarbeitsgesetzes nicht.

Der zweite Abschnitt des Entwurfs will hinsichtlich der Arbeitsordnung im Bergbau die bisherigen landesrechtlichen Vorschriften durch die einheitlichen Vorschriften der Gewerbeordnung mit einigen, durch die besonderen Verhältnisse des Bergbaues gebotenen Änderungen ersetzen.

Die landesrechtlichen Vorschriften über den bergbaulichen Arbeitsvertrag, den der dritte Abschnitt behandelt, sollen künftig in formale Kraft kommen. Ihr Inhalt wird teils vom Bergarbeitsgesetz übernommen, teils dadurch ersetzt, daß bestimmte Vorschriften der Gewerbeordnung künftig auch für den Bergbau anwendbar sein sollen. Ferner bringt der dritte Abschnitt Sondervorschriften über die Verpflichtung zur Leistung von Untertagearbeit durch Untertagearbeiter und umgekehrt, über unzulässige Entlohnungsarten, über das Gedinge, die Fördergehalte, den Abseerzins usw.

Der wichtigste und umfangreichste Abschnitt des Entwurfs ist der vierte, der den Arbeitsschutz regelt. Hier wird in § 23 die regelmäßige Arbeitszeit unter Tage folgendermaßen begrenzt:

Als Arbeitszeit im Bergbau unter Tage gilt die Schichtzeit. Die Schichtzeit beginnt für jeden einzelnen Arbeitnehmer mit dem Betreten des Förderortes oder Stollenmundlochs bei der Einsahrt und endet mit dem Verlassen des Förderortes oder Stollenmundlochs bei der Ausfahrt. Die Schichtzeit darf sieben und eine halbe Stunde täglich, und falls in die Schichtzeit Ruhepausen oder Arbeitsunterbrechungen von insgesamt mindestens einer halben Stunde fallen, acht Stunden täglich nicht überschreiten.

Mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers kann die oberste Landesbehörde für bestimmte Bezirke oder Arten des Bergbaues in der Abzahl 1 Satz 3 vorgesehene Grenze um höchstens eine halbe Stunde täglich erweitern, wenn die längere Schichtzeit aus Gründen des Gemeinwohls dringend erforderlich ist.

Daneben ist in gewissem Umfang Mehrarbeit zugelassen. — Diese Sondervorschriften über die Arbeitszeit sind für die Bergarbeiter günstiger als die allgemeinen Bestimmungen des Arbeitsschutzgesetzes, wonach ohne weiteres täglich acht Stunden ausschließen der Pausen gearbeitet werden dürfen. Sie sind auch günstiger als der augenblickliche Zustand, da in den meisten deutschen Betrieben auf Grund von Mehrarbeitsabkommen zur Zeit tatsächlich die achtfündige Schichtzeit besteht, in die nur die eine der Seilfahrten eingezeichnet wird. Wie in der Begründung des Entwurfs dargelegt wird, sind die Schichtzeiten in den anderen westeuropäischen Kohlenländern, insbesondere England, für den Bergmann nicht günstiger geregelt als dies der Entwurf vorsieht, was im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb natürlich von großer Bedeutung ist. Das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag sieht übrigens für die Bergarbeiter keine Sonderbehandlung vor.

Die übrigen Vorschriften des vierten Abschnitts über Mehrarbeit, ununterbrochene Arbeit, verfürzte Arbeitszeit an heißen Punkten, Sonntagsarbeit, Schutz der weiblichen und jugendlichen Arbeitnehmer usw. lehnen sich im wesentlichen an den Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes an.

Die Überwachung des Arbeitsschutzes im Bergbau soll nach dem Entwurf, wie gewöhnlich, durch die Bergbehörden der Länder erfolgen. In der Ausbildung der Arbeitsaufsicht im Bergbau sollen

denjenigen Bergbehörden, denen die Beaufsichtigung von Steinkohlenbergwerken mit zusammen mindestens 2000 Untergebebeschäftigten obliegt, durch Grubenaufsichtsmänner unterstellt werden, die die erforderliche praktische Erfahrung als Arbeitnehmer erworben haben. Bei der Aufklärung von Unfällen usw. sollen Gruben- Sicherheitsausschüsse beteiligt werden, denen auch Arbeitgeber und Arbeitnehmer angehören müssen.

Reg.-Rat Dr. Joachim Sifcher.

Das neue polnische Kabinett.

Seit einer Woche ist zur Tatfache geworden, was die vorangegangene lange Regierungsfrist in Warschau allmählich mit einiger Sicherheit erwarten ließ: Polen hat ein neues Kabinett. Auch zu der weiteren Voraussetzung, daß die neue Regierung noch härter und erkennbarer den Stempel des Marshalls Piłsudski tragen würde, gehörte eine besondere Kombinationsgabe. War diese Lösung doch ohne weiteres durch das 3. bestehende Kräfteverhältnis gegeben, das, wenn auch nicht zahlenmäßig, so doch faktisch zugunsten der Anhänger des Marshalls bestand. Immerhin war der Gang der Ereignisse, die dieses allgemein vorgegebene Ergebnis zeitigten, nicht uninteressant. Zeigte doch die Opposition bei der Behandlung des Verfassungsprojektes, von dem die Regierungsfrist ihren Ausgang nahm, daß sie nicht gewillt war, die letzten Reste demokratischer Prinzipien und eines parlamentarischen Systems kampflos für eine verschleierte Diktatur preiszugeben.

Der neue Ministerpräsident und bisherige Unterrichtsminister Swiatłicki hat die Verkündung eines Regierungsprogramms mit der Begründung abgelehnt, daß er einen solchen Schritt nur dann für erforderlich halten würde, wenn die Regierung beschließt, einen neuen Kurs einzuschlagen. Aus seinen Worten kann man also entnehmen, daß eine solche Absicht zur Zeit jedenfalls nicht besteht. Diese Erklärung ist sicherlich nicht nur eine Geste zur Beruhigung der Opposition — der Sejm wird ja sowieso vor der nächsten Budgetberatung, also wahrscheinlich vor Herbst d. J., kaum in Anspruch genommen zu werden brauchen —, sondern der Ausdruck der Erkenntnis einer auch außenpolitischen Notwendigkeit. Polen befindet sich zur Zeit in einer Wirtschaftskrise und kindel deshalb mehr als je von der Einseitigkeit und dem Urteile seiner ausländischen Anliegsbegläubiger ab, deren Stimmung würde aber zweifellos durch die Ausschaltung einer parlamentarischen Kontrolle der Regierung auf dem Wege der Diktatur, wie auch durch die dann zu erwartenden innerpolitischen Wirren nicht gebessert werden. Die jetzige Regierungsbildung ist außerdem vom Standpunkte der Piłsudski-Anhänger ein zweifellos fortgeschrittener auf der Linie der Verwirklichung ihrer Pläne, der aber andererseits auch wieder durch einen gewissen Aufwandsaufwand und Prestigeverlust — man denke an die Gzechowicz-Affäre — erkauft werden mußte. Da auch die Opposition es als einen gewissen äußeren Erfolg buchen kann, das Verfassungsprojekt zunächst einmal in den Hintergrund gedrängt zu haben, wären also an sich die Vorbedingungen für eine vorübergehende innerpolitische Entspannung gegeben.

Die außenpolitische Einseitigkeit des Kabinetts ist zur Zeit noch ungelöst, obwohl sich die vorerwähnte Erklärung Swiatłickis auch auf dieses Gebiet beziehen läßt. Sympathisch berührt der an diese Erklärung anschließende Anspruch des Ministerpräsidenten, man möge die neue Regierung nicht nach ihren Anfänglichkeiten, sondern nach ihren Taten beurteilen. Besonders wird dies vielleicht von der deutschen Minderheit empfunden werden, der der Zwiespalt zwischen Worten und Taten des zurückgetretenen Kabinetts Partei mache schwere Enttäuschung bereitet hat.

Die neue Krise in China.

Das neue China hat in den letzten Wochen eine ernste Krise durchgemacht, die wohl die schwerste war seit seinem Bestehen. Sie hatte ihren Grund in dem alten Gegensatz zwischen der gemäßigten

und der radikalen Richtung in der Kuomintang-Partei sowie in dem Streit um die Verfassung und Organisation des neuen chinesischen Staates. Dieser Streit geht im wesentlichen um die Frage, ob der zukünftige Staatsaufbau ein mehr zentralistischer oder föderalistischer sein soll. In ihm fanden sich in der Hauptsache gegenüber der Zentralregierung in Nanjing unter Führung von Chiang Kai-shek, die sich im wesentlichen auf die Jiangseimündung und die Küstenprovinzen stützt, und die sogenannte Gruppe der Kuangsi-Generale in Kanton und Wuhan. Während die erstere eine feste Zentralgewalt erstrebt, die notwendig ist, um das Reichsein wieder in Ordnung zu bringen, setzte sich die letztere für eine föderalistische Verfassung ein, die den einzelnen Provinzen und ihren Machthabern wie bisher militärisch, wirtschaftlich und verwaltungsmäßig eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber der Zentrale in Nanjing sichern sollte.

Die Krise wurde akut, als in der zweiten Gehbrachhälfte plötzlich Truppen der Kuangsi-Gruppe in die Provinz Hunan einrückten und den dortigen Vertreter der Zentralregierung kürzten. Dieses Verhalten bedeutet einen scharfen Vorstoß gegen die Zentralisationsbestrebungen Nanjings. Es führte schließlich zur offenen Aulenkung, als Nanjing die maßgebenden Führer der Kuangsi-Gruppe für abgesetzt erklärte und Chiang Kai-shek einen von ihnen in Nanjing furchend überhastet ließ, als dieser ihm die Forderungen seiner Partei überbrachte. Die damit gegebene Krise wurde noch verschärft einmal durch das Unternehmen des Generals Chang Ching-chang, der, ein Parteigänger des verstorbenen Marshalls Chang Kwei-lin, im Februar angeblich mit japanischer Unterstützung in Nordchinesentum und sich dort ein neues Machtzentrum geschaffen hatte, dann aber vor allen Dingen durch die ungeschickte Haltung der Generale Feng Wu-hsiang und Yen Shi-an in Honan beziehungsweise Shanxi, die beide ursprünglich als Kriegsminister beziehungsweise Innenminister der Zentralregierung in Nanjing angehört, ihre Stellungen jedoch Anfang März plötzlich niedergelegt hatten.

So war die Lage in China, als am 15. März der Kuomintangkongress in Nanjing zusammentrat, dessen Aufgabe es als höchstes Organ der Partei war, zu der Regierungsführung der Zentralregierung sowie auch zu dem Streit zwischen dieser und der Kuangsi-Gruppe Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme fiel zugunsten der Zentralregierung und ihres Führers Chiang Kai-shek aus. Der Kongress erklärte sich identisch mit den Zentralisationsbestrebungen Nanjings. Er beantragte Chiang Kai-shek, mit Waffengewalt gegen die Kuangsi-Gruppe vorzugehen und dieser gegenüber die Autorität der Zentralregierung wiederherzustellen. Dieses entschlossene Handeln des Parteikongresses hat am 4. April zur Einnahme Wuhans durch die Nanjingtruppen geführt. Gleichzeitig damit ist es der Nanjingregierung gelungen, auch in Kanton, dem anderen Hauptstützpunkt der Kuangsi-Gruppe, ihre Autorität wiederherzustellen, dann aber Ende März mit Japan zu einem Abkommen zu gelangen, in dem sich Japan zur sofortigen Räumung von Schantung verpflichtet und gleichzeitig damit China Zugeständnisse macht, die geeignet sind, die Stellung der Nanjingregierung im Innern weiter zu festigen. Japan hat sich bereit erklärt, auch seine sämtlichen Polizeitruppen aus den japanischen Konzeptionen in China zurückzuziehen und der Nanjingregierung zwei Millionen Yen als Entschädigung für die durch die japanische Besetzung in Schantung angerichteten Schäden zu zahlen. Dieses Abkommen hat inzwischen auch die Billigung der japanischen Regierung gefunden. Die Zurückziehung der japanischen Truppen sollte bereits am 15. April beginnen. Sie ist inzwischen auf Bitten der Zentralregierung in Nanjing noch hinausgeschoben worden, angeblich der Haltung des Generals Feng Wu-hsiang, die nach wie vor unklar ist.

Die Krise, die das neue China zur Zeit durchgemacht, ist somit auch heute noch nicht ganz behoben. Sie wird es erst sein, sobald über die wirklichen Absichten des letztgenannten Generals volle Klarheit herrscht und ein eventueller Kampf zwischen ihm und der Zentralregierung in Nanjing entschieden ist. Hans Rohde.

Hans Pfigner. Zum 60. Geburtstag.

Ein deutscher Meister begeht am 5. Mai seinen 60. Geburtstag. Einer von den stillen Meistern, die fern von der Zerrissenheit eines krebolenden Jahrhunderts den Weg zurück suchen in eine einfachere, natur- und gottröhre Zeit. Ein Dichter, der in die Gründe der Vergangenheit hinabgegriffen ist, nicht um zu fliehen, sondern um zu suchen. Und der in fremden Jahrhunderten nicht allein die Hochblüte einer musikalischen Kunst fand, mehr noch: die Seele seiner eigenen Nation.

Sie tritt ihm entgegen in Hartmann von der Aue, dem Schwäbischen Edlen, Kreuzritter und Dichter des 12. Jahrhunderts, dessen

„Armer Heinrich“ den Stoff zu seinem ersten Musikdrama liefert, er findet sie in der unvergleichlichen Kunst der burgundischen Meister des 15. und 16. Jahrhunderts, deren musikalisch fähige Sprache seiner eigenen selbst am wesensternwandig ist, er hört das Dichtermot zu seinen Gefängen im beginnenden 19. Jahrhundert aus den Versen des einfachen und frommen Eidenborff.

Was er gefunden und empfangen hat als Philosoph, Dichter und Musiker auf diesem Weg durch Jahrhunderte, das sieht er verwandt und doch künstlerisch wesensternwandig gestaltet ihm Werk seines großen musikalischen Vorläufers Richard Wagner. Doch die

Wagner treibende Kraft: Leidenschaft und sinnliche Ärgernisse, nicht diesen wundergläubigen romantischen Mäusen nicht. Aus denselben Wurzeln wuchsen zwei Bäume. Gegen Wagnerische Glut stellt Pfizner die Unmündlichkeit, die Beherrschung, den ästhetischen Anbetungswillen eines Mystikers. Und was er gab und was er schuf, Werke von selbstsam früher Haltung und einem wunderbaren edlen Glanz, Werke, deren innere Spannung oft ihre äußere Form zu zersprengen droht, das gefaltete er in einem heiligen Ernst und im Bewußtsein, als einer der letzten deutschen Musiker, unbedrückt durch die Einfälle eines künstlerischen Internationalismus (wie er das Schaffen der jüngeren Generation leitet), für sein Deutschland zeugen zu müssen.

In diesem Sinne möchten seine Werke, die Bühnenschauspiele Der arme Heinrich, Die Vögel vom Siebesgarten, Das Christfest, die Romanische Kantate, ein deutsches Volk, die frühen Kammermusik und der romanische Blütenstrauch seiner Lieder, wirken



Adolf Wissell

und verstanden sein. Im selben Gedanken auch sind seine Streifschritte gegen die internationalistische Kunst herausgefordert, geschrieben und gedacht als Mahnung eines getreuen Eckart.

Der nun 60jährige Meister, der in der Zeit vor dem Kriege seine deutsche Mission an der Straßburger Bühne erfüllte, hat seinem eigenen Sein im Bühnenwerk Palästina, einem Stild Selbstbiographie, am tiefsten Ausdruck verliehen. In diesem Künstlerdrama, das die künstlerische Fortentwicklung durch die Jahrzehnte verblüht, hat sich Pfizner das eigene Denkmal gesetzt. Und was er seinen, auf der Höhe des Ruhms still gewordenen Palästina aussprechen läßt, das tönt des frühen kämpferischen Meisters eigene Worte an diesem Festtage sein, dieses ergebene Künstlergebet:

„Man schmiede mich, den letzten Stein
In einem deiner tausend Ringe,
Du Gott — und ich will guter Dinge
Und friedvoll sein.“ Dr. Alb. K. Henschel.

Blick in die Bücher

Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit. Von Reichsarbeitsminister Rudolf Wissell. Verlag E. Wasmuth-Dr. G., Berlin. 2 Bände mit insgesamt etwa 1400 Seiten Text und etwa 100 Bildtafeln. Preis in Ganzleinen 30 RM.

Wer das Wesen der für das Einheitsbewußtsein unseres Volkes so wichtigen Volkskunde recht verstehen will, der darf an dem großen Schatz volkstümlicher Eigenheiten nicht vorübergehen, den die Geschichte des Handwerks in sich schließt. Wohl in keinem

Teile des Volkes hat sich eine solche fülle bemerkenswerter Formen und eigenständiger Gebräuche entwickelt und zum Teil bis in die jüngste Vergangenheit hinein erhalten können, wie gerade im Handwerk. Freilich geht auch hier die Tradition im Zeitalter des Verkehrs und der Industrialisierung mehr und mehr verloren; immer spärlicher fließen die Quellen der mündlichen Überlieferung. Man mag diese Entwicklung bedauern, nicht zuletzt im Hinblick auf die künstlerischen Werte, die das alte Handwerk geschaffen hat; aber auszubilden wird sie nicht sein. Im aber die Danksagung



Der Schlichter von Hof-Immen

und den kulturellen Werten der Vergangenheit nicht ganz abreiben zu lassen, um das Kern aus den Anfängen und aus der Entwicklung des Handwerks zu ermöglichen, ist es von größter Bedeutung, das zu sammeln und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, was eben noch an bemerkenswerten sich auffinden und feststellen läßt. Dieser Aufgabe hat sich der gegenwärtige Reichsarbeitsminister Rudolf Wissell in einem unlängst erschienenen Werke „Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit“ unterzogen. In der Einleitung schildert er so recht lebendig, wie er als junger Metallarbeiter in Kiel zum ersten Male mit altem Handwerksbrauch in Berührung kam. Dort wohnte er einer Verjüngung seines Fachvereins bei, die sich in einem mit Kerzen erleuchteten Räume bei „geöffneter Kade“ und unter strenger Beobachtung feierlicher Formen abspielte. Dieses Erlebnis war von nach-

haltigem Eindruck auf den jungen Maschinenbauer, der von nun an mit Eifer und Aufmerksamkeit die alten Bräuche beobachtete und sammelte. Dazu hat sich ihm, der bald selbst zum Dorstigen seines Fachvereins aufstieg, um dann in der Gewerkschaftsbewegung eine immer fester hervortretende Rolle zu spielen, vielfach Gelegenheit. In Archiven und Bildereien, in Handwerksrat und alten Kaden fand sich manche wertvolle Aufzeichnung, die er, wie einst vor ihm die Brüder Grimm, durch mühselige Ausflüsse alter Handwerker zu ergänzen suchte. So hat Wissell in 3½ Jahrzehnten unermüdlicher Arbeit ein so umfangreiches Material über das alte Handwerk zusammengebracht, wie es wohl selten oder nie in einer Hand vereinigt gewesen ist. Dieses Material hat seinen Niederschlag gefunden in den zwei umfangreichen, mit vielen Abbildungen gesäumten Bänden des vorliegenden Werkes, das sich in seiner einfachen Sprache an das Verständnis weisser Kreise wendet, ohne indessen die wissenschaftliche Gründlichkeit und Genauigkeit jemals außer acht zu lassen. Das beweisen schon die unzähligen Quellenangaben, mit denen Wissell überall das Ergebnis seiner Forscherarbeit belegt.

Der 1. Band führt den Untertitel „Des alten Handwerks Freiheit und Recht“. Er behandelt die Entstehung und Entwicklung des Handwerks und des Zunftwesens, wobei die rechtlich-soziologische Seite besonders herausgearbeitet ist. Das Werden der Zünfte und ihre Kämpfe, ihre Bezeichnungen, Satzungen, Ordnungen für Meister, Gesellen und Lehrlinge, die Prüfungen, die Regelung der Kehr, Waben- und Wertzeit usw. sind nach einheitlichen Gesichtspunkten an Hand zahlreicher wörtlich gebrachter Quellen dargestellt. Die für uns so unvorstellbaren Begriffe von Ehre und Unehre im Handwerk werden geschildert, die 3. B. dazu führten, daß das unabdingbare und zufällige Töten eines Kindes den Handwerker auf Lebenszeit unehrlieh machte. In den Abschnitten über die wirtschaftlichen und sozialen Bindungen der Zünfte tritt die immer ärger werdende Verdrößerung und Erklärung des Zunftwesens deutlich hervor. Eine große Rolle spielte hierbei die Angst der Meister vor Konkurrenz, die Kämpfe gegen „die Pfuscher und Vandalen“, denen „das Handwerk gelegt wurde“ — ein Ausdruck, der wie viele andere aus dem Sprachgebrauch des alten Handwerks in den Wörtchen der Gegenwart herüber genommen worden ist. Der Sozialpolitiker findet manchen interessanten Hinweis in der Darlegung des mittelalterlichen Arbeitsrechts, das 3. B. schon ein Verbot des Trudsystems und die Anfänge einer Krankenversicherung kannte. Freilich mußte schon damals der soziale Fortschritt den Meistern häufig in zähen Kämpfen von den Gesellen abgerungen werden, wobei es gelegentlich zu organisierten Streiks kam. Weiter wird im ersten Band dargestellt, wie die Bestrebungen der Zünfte ihren Niederschlag in der Gesetzgebung der Gemeinden, der Länder und des Reichs gefunden haben.

Der 2. Band des Werkes mit dem Untertitel „Handwerksbrauch und Gewohnheit“, in dem die Besonderheiten der einzelnen Handwerke geschildert werden, ist mehr der volkstümlichen Seite



Der Schuhler von Jost Amman

der Handwerksgechichte gewidmet. Er ordnet sie in die kulturgeschichtliche Entwicklung des Volksganzen ein. Die Verdienste des Handwerks um das Deutschland werden in das rechte Licht gerückt. Wir erfahren, daß die deutschen Handwerker in ihren Zünften nach Skandinavien, den russischen Ofizierprovingen, nach Siebenbürgen usw. vordrangen und dort ihr deutsches Volkstum erhielten und pflegten.

Wissels Buch läßt die geistigen Grundlagen des alten deutschen Handwerks, dessen einzigartige Organisation seinerzeit in Europa eine wirtschaftliche Großmacht war, den Kampf der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mächte und das geschlossene Gefüge des nationalen Willens im alten deutschen Handwerk vor uns lebendig werden. Es bedeutet sowohl für das Verständnis der geschichtlichen Entwicklung des Handwerks, wie auch für das Problem der Auseinandersetzung mit Kapital und Arbeit im Mittelalter eine bisher fehlende Grundlage der Forschung und Anschauung.

Dr. J. S.



Der Maler von Jost Amman

Die Eröffnung des Harnack-Hauses der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft.

Von Oberregierungsrat Dr. W. Peiser.

Der 7. Mai wird in Berlin-Dahlem eine Versammlung von Gelehrten und am öffentlichen Leben der Nation interessierten Persönlichkeiten vorfinden, wie sie sich nur selten in den Räumen der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft, die der reinen und ergiebigen Forschung dient, versammelt. An diesem Tage wird in der Innerstraße 18 in Berlin-Dahlem das Häußhaus der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft eröffnet, das zu Ehren des Begründers der Gesellschaft, Adolf von Harnack, den Namen Harnack-Haus führen wird. Dieses Haus dient in erster Linie dem Zweck, ausländischen Gästen der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften eine gastliche Stätte zu gewähren, an der sie ungehindert und nicht behindert durch irgendwelche äußerlichen Schwierigkeiten ihrer wissenschaftlichen Arbeit nachgehen können. Es werden also ausländische Gäste sein, die auf den gleichen Gebieten arbeiten, wie sie im wesentlichen den Arbeitsbereich der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft bilden. Diese Gesellschaft gehört zu den Institutionen in Deutschland, deren Wirksamkeit der ganzen Welt ihrer Betätigung nach nicht auf Befremdung nach außen hin, nicht auf Publikation und auf Sensation eingestellt ist, sondern in den Stills arbeiten und deren Erfolge — wenn man überhaupt dieses etwas verächtliche Wort für die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit anwenden will — sich nur indirekt bemerkbar machen.

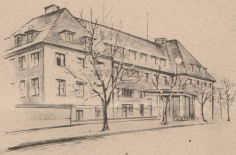
Aber diese Ergebnisse sind vorhanden. Wenn wir heute auf irgendeinem Gebiet, z. B. auf dem Gebiet der Kandwitschenschaft, von neuen Tatsachen hören, so werden wir daran erinnert, daß eines der Institute der Gesellschaft, nämlich das Institut für Züchtungsforschung, das in der Nähe von Münchenberg (Marx) seinen Sitz hat, sich mit der wissenschaftlichen Erforschung der Grundlage der Saatgut befaßt, deren Ergebnisse in erster Linie der deutschen Kandwitschenschaft zugute kommen sollen. Oder wir beschäftigen uns mit Fragen der Psychiatrie, der Seelenheilkunde — und schon werden wir auf die deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie in München verwiesen, die seit dem Jahre 1924 dem Kreis der Kaiser Wilhelm-Institute eingegliedert ist. Oder weiter, auf dem hohen Sonnenberg bei Gießen und auf dem Obir bei Kassel — führt uns Oberkasselerien. Wenn wir nach ihren Unterhaltungen fragen, so bekommen wir die Antwort, daß es wiederum die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft ist, die sich in die Unterhaltungskosten mit der oberkasselerien Bundesregierung teilt. Am 1. Oktober 1927 begann das Kaiser Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erbschaft und Eugenik seine Tätigkeit. In nächster Nähe arbeitete in dem Institut für experimentelle Therapie Wassermann an der Forschung der Syphilis und stellte Untersuchungen an, die die

Grundlage zu einer Aufklärung dieser für die Menschheit in höchstem Maße bedeutungsvollen Dinge gegeben haben. In diesen Räumen wurden bisher ausländische Forscher untergebracht, die nun im Harnack-Haus eine bleibende Gaststätte finden werden.

Von den zahlreichen Instituten, die die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft unterstützt, wurden nur ganz wenige genannt, und es ist nicht möglich, von der Tätigkeit auch nur dieser wenigen Institute ein annähernd erschöpfendes Bild zu geben. Zum mindesten muß noch das Institut für Arbeitsphysiologie in Berlin erwähnt werden, das in erster Linie der Physiologie, der Pathologie und der Hygiene der körperlichen und geistigen Arbeiten gewidmet ist. Hier wird die Frage der Ermüdung, der Zweckmäßigkeit des Arbeitsprozesses, der Arbeitskleidung und der Ernährung untersucht, und vielleicht wird an diesem Beispiel am deutlichsten klar, wie reine Forschung, wie reine Wissenschaft doch schließlich eminent praktische Wirkungen ausüben und schließlich das Leben breiterer Schichten unseres Volkes zu erfassen und zu regeln und die Bedingungen der Erziehung dieser Massen zu verbessern bestimmt sind.

Wie man sieht, ist die Methode der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft eine völlig andere als die der Universitäten und sonstigen Hochschulen. Sie arbeitet nach dem System der Dezentralisation. Jedes Forschungsgebiet hat sein eigenes Institut, für jeden Zweig der Wissenschaft sind besondere Gebiete bestimmt, die hier mit den feinsten und letzten Hilfsmitteln zu Forschungsergebnissen gelangen, die sie aus Gründen zeitlicher wie sachlicher Einschränkung im Rahmen der Hochschulen niemals erreichen könnten. Was bisher fast ausschließlich deutschen Gelehrten zugute kam, soll jetzt aus jener echt wissenschaftlichen Einstellung heraus, für die es nur eine internationale des Geistes gibt, den forschungswilligen und forschungsfähigen aller Nationen ermöglicht werden.

Die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft verpflichtet sich von der gemeinsamen Arbeit der Gelehrten eine Befruchtung ihrer eigenen Arbeiten: durch die Kenntnis ausländischer Methoden, wie ermutet zugleich ein Hinaustragen deutschen Forschergeistes in alle Welt. Anders die Gesellschaft ein wissenschaftliches Forschungszentrum in Deutschland für die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit schafft, heißt sie eine praktische Stellung Deutschlands für die Organisation der internationalen Wissenschaft zu vollbringen. Fern von den Getriebenen der Großstadt ist hier ein Heim geschaffen worden, das alle geistig interessierten Kreise anziehen soll, ein Gespräch mit Angehörigen gleicher oder anderer geistiger Richtungen zu führen und auf diesem



Das Harnack-Haus

Wege zugleich eine Atmosphäre des näheren gegenseitigen Verlebens der Nationen zu schaffen.

Hinter der deutschen Wissenschaft liegen schwere Jahre. Die Bräuen geistiger Verhängung wurden im Kriege abgebrochen, und in den Jahren gleich nach dem Kriege gelang nur allzu wenig, um sie neu zu errichten. Kaum aber waren die ersten Jähren der Verhängung gestiftet, da brach die Inflation über die deutsche Wissenschaft herein, die allen Hoffnungen ein Ende setzte. War es im Kriege und in den ersten Jahren nach dem Kriege nicht möglich gewesen, ausländische wissenschaftliche Werte, Zeitschriften, Abhandlungen usw. zu beziehen, weil die geistigen und seelischen Voraussetzungen hierfür fehlten, so tat jetzt in den Schreckensjahren der Inflation die wirtschaftliche Not das Ihrige dazu, um die Wiederanknüpfung der gerissenen Bande zu erschweren. Aber die allergrößten Tüde helfen die guten Bezeugungen hinweg, die der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft mit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft verbinden. Wie der Generaldirektor der Gesellschaft, Dr. Glum, in der „Münchener Zeitschrift“ in einem interessanten Aufsatz über Wesen und Aufgaben der Gesellschaft vor einiger Zeit ausführte, haben sich ihre Institute wiederholt der besonderen Förderung der Notgemeinschaft bei der Beschaffung von Apparaten, Forschungsspenden, Büchern und Zeitschriften zu erfreuen gehabt und an ihren großen gemeinsamen Unternehmungen teilgenommen. Die Notgemeinschaft ergänzt bei den großen Forschungsaufgaben die Arbeit in der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft in wertvoller Weise. Auf vielen Gebieten der Wissenschaft erscheint es wichtiger, so führte Glum aus, zunächst verschiedene Gelehrte zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuführen, bevor man sofort an die Gründung von Forschungsinstituten herantritt, und diese Arbeitsgemeinschaft von Gelehrten, die die Gesellschaft nicht für „Institutsreif“ hält, können an die Notgemeinschaft verwiesen werden. Zugleich aber ist es möglich, durch die Notgemeinschaft in engere Beziehungen zu den Universitäten und anderen Hochschulen zu treten, so daß mannigfache Berührungs-

punkte beider Einrichtungen gegeben und auch in erfreulicher Weise bisher in Anknüpfung genommen worden sind.

Das Harnad-Haus ist durch das Zusammenwirken mannigfacher Kräfte zustande gekommen. Die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, die aus Anlaß der Jahrhundertfeier der Universität Berlin durch Satzungen vom 11. Januar 1911 ins Leben gerufen wurde und mit dem gleichen Tage ihre Tätigkeit begann, hat sich von jeher der besonderen Förderung der deutschen Wissenschaften gewidmet. Diese Förderung wurde selbstverständlich auch dem Harnad-Haus zuteil, für das insbesondere der Reichsminister des Innern, der Reichsfinanzminister sowie der Preussische Kultusminister mit großer Wärme eintraten. Von der Reichsregierung wurden erhebliche Mittel für den Bau zur Verfügung gestellt. Der Staat Preußen hat das große wertvolle Grundstück gewährt. Darüber hinaus betätigte sich die Wissenschaft mit größeren Stiftungen, und nachdem auf diese Weise die Regierungen wie die Unternehmenseisenbahn, die Organisationen der freien und der christlichen Gewerkschaften, die politischen Parteien von den Kommunisten bis zu den Nationalsozialisten dazu beigetragen haben, die Arbeiten der Gesellschaft zu unterstützen, darf mit bestem Recht gesagt werden, daß hier wirklich einmal durch das Zusammenwirken aller kulturell interessierten Kräfte ein Werk geschaffen worden ist, das sich in Deutschland wie im Ausland leben lassen kann. So schwer es für



Eingang zum Harnad-Haus

den Kassen ist, sich von den komplizierten Materien der verschiedenartigen Arbeiten der jeweiligen Institute eine einigermaßen zureichende Vorstellung zu machen, so schön und einleuchtend ist der Gedanke des Harnad-Hauses, aus dessen Boden, wie wir bestimmt hoffen, eine Atmosphäre des gegenseitigen Sichverlebens erwachsen wird, die sicherlich stark genug sein wird, manche politischen Spannungen der Gegenwart und der Zukunft zu überbrücken. In der „Gelehrtenrepublik“ der Zukunft, von der wir träumen, mehr: die wir erwarten, wird das Harnad-Haus seiner Idee wie seiner Wirkung nach ein prächtiges Gebäude darstellen.

Deutsche Touristen in London und Schottland.

In diesem Jahre wird ein großes deutsches Touristenbüro die Werke hinauskraften und von Österreich aus. Es ist das 14.000 Deutscheinsassen aus London, das in der Zeit vom 22. Juni bis 1. Juli eine Gesellschaftsreise nach London und Schottland unternimmt. Es wird der Unterbringung an Bord des Jahresreise-Geleits. Sie beginnen bei 120. Der Aufenthalt in London ist auf drei Tage beschränkt, damit die Reisezeit nicht zu geringfügig sei, die vielen Sehenswürdigkeiten dieser Weltstadt zu besichtigen. Danach sind zu nennen die berühmte Tower mit seinen vielen Schätzen, die englischen Kreuztürme, die Towerbrücke, die Klänge, die andere Reichthum entsprechende Kunst von England, das Parlamentgebäude, die Westminster-Kathedrale, die Westminster-Brücke, die Crystal Palace, die Hyde Park, die St. Pauls-Kathedrale, die Handelsschiffe und viele andere. Außerdem wird ein Ausflug nach Windsor und der Isle of Wight unternommen, der letzten Insel an Englands Südküste.

Nach Beendigung des Londoner Aufenthaltes führt die Monte Österns vorwärts und anfert an überaus schönen Orten wie Ayr, der Schottland im Jahr 1870, hier aus begreifen sich die Touristen nach Edinburgh, der alten schottischen Hauptstadt, die viele historische Erinnerungen an die Geschichte von England und Schottland in ihren Mauern hat. Sie tragen hier die alte sehr interessante in Edinburgh überaus viel zu besichtigen. Wie das Edinburgher Schloss, die Stadt. Der Palazzo-Palast enthält die historischen Erinnerungen an die unglückliche Königin Maria Stuart. Das Palazzo-Kloster führt die Erinnerung an den schottischen Martin Luther nach. So ist Edinburgh reich an Sehenswürdigkeiten.

Während auf den Besuch von Edinburgh wird ein Ausflug nach den malerischen Seen des schottischen Hochlandes unternommen. Somit bietet diese tolle Reise nach England und Schottland eine gute der Sehenswürdigkeiten und wird sich jeder seinen Sehenswürdigkeiten für immer im Gedächtnis eingehen.

Wandervoller Erholungs-ausflucht

Mörla-Rudolstadt

an herrlichen Bergwald. Mark 4,30—4,50 einschließl. Licht. Bad, elektrisch Licht, Zentralheizung, Holzgewölbe. Unverf. Preisk. Beste Referenzen. Haus Walsrieden 1. Telefon: Rudolstadt 118.

Solbad Gandersheim/Harz

In schöner Lage. Zimmer m. 1 oder 2 Betten pro Woche RM. 9,50 mit Morgenkaffee. Frau Marg. Nienstedt

Bad Schwarzburg (unverf. Wald)

— die Perle Thüringens

Hotel: Schwarzbürger Hof

Allbekanntes Haus I. Ranges im Zentrum des Kurortes Herrliche Lage / Freundliche, gut eingerichtete Zimmer Reichliche, beste Pension / Eigene Forellenschere

Während der Saison KONZERTE

Anfragen erbittet

N. Luckas, Hotelier

RM. 150.-

London-Schottland Reise

22. Juni von Hamburg über London, Leith/Edinburgh 1. Juli in Hamburg / Fahrpreis einschl. voller Verpflegung von RM. 150.- an

HAMBURG-SÜDAMERIKANISCHE DAMPSCHIFFFAHRTS-GESELLSCHAFT
HAMBURG 8 / HOLZBRÜCKE 8

40000 Leser

20 000 die sich in Reich, Ländern,
Gemeinden führend betätigen
10 000 Lehrer aller Gattungen
3 000 Auslandsdeutsche innerhalb
Europas
2 000 Prominente aus dem
politischen, wirtschaftlichen und
geistigen Leben
dazu etwa 5 000 Amtsstuben, Konferenzzimmer,
Lesesäle

40000 Leser

mit bestem Einkommen, und
daher genügend kaufkräftig,
werden vom

Heimatdienst

regelmäßig erfährt

**Bäder-, Reise-, Verkehrs- und Geschäfts-
anzeigen haben im Heimatdienst durch-
schlagenden Erfolg!**

Dr. WILHELM ZIEGLER

„Einführung in die Politik“

erschien am 15. April in 2. Auflage (5. bis 8. Tausend).

Die D. A. Z. urteilt darüber in einer umfangreichen
Besprechung:

Hinter den vielen unersättlichen
Berechnungen der deutschen
Politik liegt sich eine Tatsache er-
kennen, die doch zu gewissen
Hoffnungen für die Zukunft be-
rechtigt. Die deutsche Geist hat,
tastend und irrend zwar, aber doch
mit der systematischen Zähigkeit,
die seine Stärke ist, in diesen
Jahren nach Versailles eine deutliche
Hinwendung zur Politik vollzogen.
Diese psychologische Erzeichnung
ist, auf lange Sicht gesehen, wich-
tiger als die meisten Vorgänge der
Tagespolitik, von denen wir die
Rede ist. Ein Symptom für das
erwachende politische Interesse ist
es, daß das ausgezeichnete Buch
von Dr. Wilhelm Ziegler „Ein-
führung in die Politik“ nach kurzer
Frikt bereits in zweiter Auflage
verlegt werden kann. Dieses Werk
verdient in der Tat die weiteste
Verbreitung.

Gerade heute ist es für Deutsch-
land unerlässlich, den Blick nicht

allein auf die Paragraphen des Ver-
sailles Diktates und nicht nur auf
den Hauptgegner Frankreich ge-
richtet zu halten, sondern sich ein
klares Bild von den großen Zu-
sammenhängen der Weltpolitik und
der Weltwirtschaft zu machen, die
heute die Kontinente und Ozeane
trennen und verbinden.

Das Buch von Dr. Ziegler bietet
in dieser Beziehung ein außer-
ordentlich reiches Material, das man
sich sonst mühselig aus vielen
Büchern zusammenzusuchen müßte.
Man muß dem Verfasser zugestehen,
daß er auch hier, wie in der Innen-
politik, es verstanden hat, seine
Darstellung auf die Höhe der wirk-
lichen großen Probleme zu halten und
so an seinem Teile einen Beitrag
zu dem großen Kampfe zu liefern,
der gegen die trübseligen Schlagworte
der Stammtischpolitik geführt wor-
den muß, wenn wir endlich eine
politische Volk werden wollen.

Mit 46 Karten ... Umfang 316 Seiten

Preis: brosch. 8,— RM., in Halbleinen 10,— RM.

Durch jede Buchhandlung

Zentralverlag GmbH, Berlin W 35
Potsdamer Straße 41 Postschekk. 78995

Aus 6 Pfd. alten Wollsachen

werden 18 Mtr. Daunenstoff oder 9 Mtr. Herrentoff sehr
schön und billig ungarbeitet, ebenso an Teppichen,
Läutern und Bettvorlagen, Schals, Pferde- und Kuh-
decken. WOLLWEBERI HEINR. SELM, Lärdenbach 72,
Oberl. Verlangen. Sie Muster und Aufertigungpreis.

Honig kennen

beworzen Honig aufzugeben. Gewäre für
sachgemäß gewonnene u. behandelte Edelware von
köstlichen Aroma u. unbedenklicher Heilkraft. Bedeu-
tliche Auflicht vertritt. **Zahlen beweisen:**
1928 1. amt. Beurkundung: 1615 freiwillige Anerkennung,
durch Empfehlung aller Kunden 1929 2000 Post-
kunden! In einem Monat 144 Nachbestellungen! Fordern
Sie bewussteres Angebot! Preise ermäßigt!

Größtmekel u. Honighandlung
Robert Isterheil, Ebersbach Sa. 131



Einrichtungen

Bade-, Wasch- und Toilettenanlagen
Anschluß Waschtische, Abwaschtische
W. Pflughmacher

Berlin SW 68, Kogelstraße 18. Dänhof 5401

Malereigeschäft

Hermann Mallwitz
Malermelster

Berlin N 20, Koloniestraße 139, Telefon: Hanna 7384
Ausführung sämtlicher Malerarbeiten
Neubauten, Renovierung von Wohnungen
Fassadenanstriche, Treppenhäuser und Geschäftsräume

Möbel- Einrichtungs- haus
F. Schoenfeldt Berlin W
Potsdamerstr. 90
Hochwertige, moderne, künstlerische Modelle in
Herren-, Speise-, Schlafzimmern
Bademöbeln, Polstermöbeln
zu aussergewöhnlich niedrigen Preisen.
eigene Werkstätten. Zwanglose Besichtigung jederzeit.

Sonder-Angebot

Bouclé- Teppiche	Axminster- Teppiche	Velour- Teppiche
ca. 140x200 RM 31 - 175x250 - 49 - 200x300 - 68 - 250x350 - 100	ca. 140x200 RM 31 - 175x250 - 41 - 200x300 - 61 - 250x350 - 96	ca. 140x200 RM 38 - 175x250 - 54 - 200x300 - 80 - 250x350 - 121

LINOLEUM **TREPPENLAUFER**
Strapuz, Druck und Inlay
Läufer Vorlagen u. Teppiche
Tischdecken von RM, - an
Divandeen von - 17,- an

TEPPICH VOGEL
Gegründet 1899 **Berlin-Potsdamer Str. 14** Nähe Potsd. Platz
Bei Barzahlung 7% Kasse-Rabatt auf Originalpreise,
ausgenommen Linoleum- und Marken-Artikel!